

Die Bauernpartei

Objektyp: **Chapter**

Zeitschrift: **Schaffhauser Beiträge zur Geschichte**

Band (Jahr): **52 (1975)**

PDF erstellt am: **21.06.2024**

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Inhalten der Zeitschriften. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern.

Die auf der Plattform e-periodica veröffentlichten Dokumente stehen für nicht-kommerzielle Zwecke in Lehre und Forschung sowie für die private Nutzung frei zur Verfügung. Einzelne Dateien oder Ausdrucke aus diesem Angebot können zusammen mit diesen Nutzungsbedingungen und den korrekten Herkunftsbezeichnungen weitergegeben werden.

Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Die systematische Speicherung von Teilen des elektronischen Angebots auf anderen Servern bedarf ebenfalls des schriftlichen Einverständnisses der Rechteinhaber.

Haftungsausschluss

Alle Angaben erfolgen ohne Gewähr für Vollständigkeit oder Richtigkeit. Es wird keine Haftung übernommen für Schäden durch die Verwendung von Informationen aus diesem Online-Angebot oder durch das Fehlen von Informationen. Dies gilt auch für Inhalte Dritter, die über dieses Angebot zugänglich sind.

Panne, die sich nur durch die völlig ungeklärte Parteiensituation vor der ersten Proporzwahl erklären lässt.

Den Schlussstrich unter die missglückte Proporzwahl von 1919 zog die *Bauernpartei*, indem sie die 15 Wahlmänner anwies, Gemeindepräsident Jakob Ruh von Buch als Nachfolger von Jakob Hefti zu bestimmen. Mit Regierungsratsbeschluss vom 21. März 1921 wurde Jakob Ruh in sein neues Amt eingesetzt¹⁰⁸.

Die Bauernpartei

Gründung

Die Bauernpartei des Kantons Schaffhausen, die anlässlich der ersten Proporzwahl von 1919 einen von ihr selbst völlig unerwarteten Erfolg hatte, ist durch den Beschluss der Delegiertenversammlung des Kantonalen Landwirtschaftlichen Vereins vom 19. Dezember 1918 gegründet worden.

Ausgangspunkt der parteipolitischen Organisation der Bauern war die Bildung einer «landwirtschaftlichen Gruppe» im Kantonsrat, einer Art Fraktion, die sich etwa im September 1917 mit 27 Mitgliedern konstituierte¹. Als deren Gründer werden drei Vorstandsmitglieder des Kantonalen Landwirtschaftlichen Vereins genannt: der Präsident Jakob Schlatter von Hallau, Jakob Ruh von Buch und Jean Stamm von Thayngen. Zum grossen Bedauern der *Freisinnig-demokratischen Partei*, die bisher die Bauernschaft und damit die ganze Schaffhauser Landschaft zu ihrem Anhängerkreis gezählt hatte, begann nun eine eigenständige bäuerliche Politik im Kantonsrat.

Die Delegiertenversammlung vom 20. Januar 1918 hatte über den Antrag von Christian Bächtold aus Schleithem zu befinden, der vorschlug, die eben gegründete Kantonsratsfraktion zu einer Bauernpartei auszuweiten und den Vorstand des Kantonalen Landwirtschaftlichen Vereins durch eine «politische Kommission» zu erweitern². Um die Frage gründlich abzuklären, wurde auf den

¹⁰⁸ Amtsblatt 1921,219.

¹ SB 11.2.1932. Der Zeitpunkt geht aus der Wahl von Jean Stamm (Thayngen) hervor, der am 2.9.1917 in den Kantonsrat gelangte (SI 3.9.1917).

² SI 21.1.1918. SL 23.4.1968.

14. April 1918 eine ausserordentliche Delegiertenversammlung nach Löhningen einberufen, die im Jahresbericht wie folgt zusammengefasst wird:

Der Hauptreferent, Christian Bächtold von Schleithem, rief mit beredtem Munde nach einer Bauernpartei, denn nur der enge Zusammenschluss der Bauern auch auf politischem Gebiete kann unsere Landwirtschaft vor dem Untergange bewahren, und die Bauernsame ist ernstlich gewillt, bei der Neuordnung der staatlichen Einrichtungen ein gewichtiges Wort mitzusprechen. Es ist schwer zu bedauern, dass schon aus dem eigenen bäuerlichen Lager, und zwar von sogenannter führender Stelle aus, behauptet worden ist, dass wir Bauern überhaupt nicht imstand seien, eine Bauernpartei zu führen und dass eine solche nötig sei. Die Berner haben eine eigene Bauernpartei gründen können, warum sollen wir Schaffhauser nicht auch dazu fähig sein? Wenn wir unsere Landwirtschaft erhalten wollen, deren Notwendigkeit gerade der Krieg gezeigt hat, so müssen wir dafür eintreten, denn in den Städten ist man nur zu sehr geneigt, alles Heil von der Industrie zu erwarten, und die historischen Parteien sind gegenwärtig so hitzig aneinandergeraten, dass es nur wohltuend wirken kann, wenn eine Bauernpartei vermittelnd dazwischen tritt. Ueberdies wollen wir Bauern den politischen Machthabern der Städte nicht mehr blindlings nachlaufen, welche unter sich schon lange einig waren, gegen die Landwirtschaft zu arbeiten. Die alte freisinnige Partei ist seit langem eine Industriepartei, bei welcher die Bauern nicht mehr ohne weiteres mitmachen können³.

Die zündende Rede des Schleithemers, die unter der Schaffhauser Bauernschaft eine ähnliche Wirkung hatte wie die entsprechende Bierhübeli-Rede von Rudolf Minger in Bern ein halbes Jahr zuvor⁴, enthält alle wesentlichen Beweggründe der Parteigründung: die Landwirtschaft vor dem Untergang bewahren, zwischen Freisinn und Sozialdemokratie vermitteln, sich von landwirtschaftsfeindlichen Städtern abtrennen, insbesondere von der *Freisinnig-demokratischen Partei*, die eine Industriepartei geworden ist. Während des Ersten Weltkrieges mit seinen Versorgungsschwierigkeiten hatte es sich gezeigt, wie wichtig eine ertragreiche Landwirtschaft für das Volksganze ist. Daraus resultierte ein neues Standesbewusstsein

³ SL 23.4.1968.

⁴ Junker 14—15.

der Bauern, deren jüngere Kräfte politisch aktiv werden wollten. Im Kanton Schaffhausen waren es vor allem die Kleinbauern, die eine ihnen unzulänglich scheinende «Werch-me!»-Mentalität zu überwinden suchten⁵. Die Landwirtschaftsfeindlichkeit der Stadtparteien hatte sich gezeigt, als der Bundesrat im April 1918 beschloss, den Milchpreis von 32 auf 40 Rappen zu erhöhen, worauf das freisinnige *Intelligenzblatt* und das sozialdemokratische *Echo* vehement den Standpunkt der Konsumenten verteidigten⁶. Den Argumenten der bäuerlichen Produzenten wurde kein Gehör geschenkt. Nur eine Bauernpartei konnte die in Staat und Parteien vernachlässigten Anliegen der Landwirtschaft politisch wirksam vertreten.

Die Löhninger Versammlung vom 14. April 1918 sprach sich prinzipiell zugunsten einer Parteigründung aus, indem sie nach Christian Bächtolds Rede und einer abwägenden Diskussion einstimmig eine Kommission mit den Vorbereitungen beauftragte. Noch bevor die formelle Gründung erfolgte, beschäftigte sich der Kantonale Landwirtschaftliche Verein mit politischen Fragen. Im April und Mai 1918 lancierte er zusammen mit dem «Gewerbeverein» eine Petition an den Bundesrat, in der Massnahmen gegen die bedrohlichen politischen Umtriebe von Ausländern verlangt wurden. Die Petition erreichte im Kanton Schaffhausen 4317 Unterschriften⁷. Am 29. Juni nahmen die vier Vorstandsmitglieder Paul Lichtenhahn, Gottlieb Tappolet-Egli, Traugott Wanner und Jakob Schlatter an der Verständigungskonferenz teil, welche die Ortsgruppe Schaffhausen der Neuen Helvetischen Gesellschaft zur Ueberbrückung der sozialen Spannungen einberufen hatte⁸. Vor den teilnehmenden Industrie- und Arbeiterdelegierten, Angestellten- und Behördevertretern gab Jakob Schlatter zu Protokoll, dass 50 Prozent der Bauern schlechter gestellt seien als die Arbeiter. Lichtenhahn benützte die Gelegenheit, auf die dringende Notwendigkeit einer Bodenreform hinzuweisen.

Einen Tag später trafen sich die Delegierten des Kantonalen Landwirtschaftlichen Vereins in Herblingen, um über die von Hermann Schlatter (SP) eingereichte und von allen Minderheitsparteien unterstützte Proporzinitiative zu beraten⁹. Die Bauernvertre-

⁵ SB 11.7.1956.

⁶ Rohr 47—48.

⁷ Rohr 49 und 120 mit detaillierten Angaben über Wortlaut sowie Unterschriftenzahlen der Gemeinden.

⁸ Rohr 50—53.

⁹ SI 1.7.1918.

ter lehnten den Proporz als Grundlage für die Kantonsratswahl nicht aus Prinzip ab, sondern weil sie von der vorliegenden Fassung keine bessere Vertretung zu erwarten hatten. Der Nationalratsproporz, der kurz darauf zur Diskussion stand, wurde vom Vereinsvorstand durch einen Aufruf unterstützt, der zwar für die Vorlage nicht ausdrücklich Stellung nahm, aber auch die Ablehnung nicht empfahl¹⁰. Die orakelhafte Zweideutigkeit erklärt sich, wenn man weiss, dass die Bauern vom Nationalratsproporz Vorteile zu erwarten hatten, dies aber nicht öffentlich zugeben wollten.

Am 19. Dezember 1918 trafen sich die Delegierten zur eigentlichen Parteigründung. Die Konferenz hätte am 1. September stattfinden sollen, wurde aber wegen des regierungsrätlichen Versammlungsverbots infolge Grippegefahr auf dieses Datum verschoben¹¹. Paul Lichtenhahn referierte über die neuen Statuten, durch deren Annahme die *Bauernpartei des Kantons Schaffhausen* formell gegründet wurde. Parteimitglieder waren automatisch alle ordentlichen Mitglieder des Kantonalen Landwirtschaftlichen Vereins, wodurch ohne jede Werbung eine Parteiorganisation mit 33 Sektionen und 2329 Mitgliedern entstand¹². Eine in dieser Grösse vergleichbare Partei gab es in Schaffhausen zu diesem Zeitpunkt nicht, und aus diesem Blickwinkel betrachtet, ist der unerwartete Erfolg bei den Nationalratswahlen von 1919 immerhin erklärbar. Für die Leitung der öffentlichen Angelegenheiten wurde eine «Politische Kommission» geschaffen, die aus sieben Mitgliedern bestand, wovon drei Vorstandsmitglieder des Kantonalen Landwirtschaftlichen Vereins sein mussten. Als Präsident der Politischen Kommission und erster Parteipräsident wurde Paul Lichtenhahn gewählt, der seit 1911 als Direktor der Schaffhauser Landwirtschaftsschule amtierte. Kommissionsmitglieder wurden ferner Jakob Schlatter, Jakob Ruh, Christian Bächtold, Markus Zimmermann, Karl Schmid und Emil Seiler. Die Politische Kommission wurde ermächtigt, mit dem Verlag Augustin in Thayngen einen Druckvertrag für eine zu schaffende Bauernzeitung abzuschliessen.

Der Kantonale Landwirtschaftliche Verein vor 1918

Auf den ersten Blick scheint es, die Schaffhauser Bauernschaft habe sich erst im Weltkrieg zu einem politischen Bewusstsein

¹⁰ SI 11.10.1918.

¹¹ SB 31.12.1918, 11.2.1932.

¹² SB 11.2.1932.

durchgerungen und in die kantonale Politik eingegriffen. Das trifft nur teilweise zu. Durch den Kantonalen Landwirtschaftlichen Verein übte die ländliche Bevölkerung seit Mitte des 19. Jahrhunderts einen politischen Einfluss aus, dessen Effizienz allerdings schwer abzuschätzen ist. Leider ist die Entwicklung des Kantonalen Landwirtschaftlichen Vereins noch nie systematisch erforscht worden, doch genügen die beiden Abrisse von Regierungsrat Jakob Ruh¹³ und Bauernsekretär Oskar Weibel¹⁴, um aufzuzeigen, dass praktisch alle Schaffhauser Politiker der Landschaft im Landwirtschaftlichen Verein in leitender Stellung tätig waren. Es ist unverkennbar, dass der Verein ebenso über die begüterten Grossbauern in dauernder personeller Beziehung zur Schaffhauser Regierung stand. Es wäre noch abzuklären, wie stark der Kantonale Landwirtschaftliche Verein auch die Anliegen der Kleinbauern und die Probleme der Ueberbevölkerung sowie der Auswanderung in seinen Tätigkeitsbereich einbezogen und politisch fruchtbar gemacht hat.

Geht man die Geschichte des Kantonalen Landwirtschaftlichen Vereins durch, stösst man auf bekannte Namen. Als Vereinspräsident amtierte 1859 Regierungsrat Johann Jakob Imthurn¹⁵. Ruh vermutet, dass er das Präsidium seit der Gründung des Vereins im Jahr 1850 geführt habe¹⁶. 1862 bis 1865 folgte der Weinbauer Johannes Hallauer von Trasadingen, ebenfalls Regierungsrat¹⁷. Hallauer wurde durch Regierungsrat Zacharias Gysel abgelöst, der bis 1869 als Vereinspräsident amtierte. Mit ihm im Kantonalvorstand waren Franz Adolf Schalch, Gutsbesitzer zum Riet in Schaffhausen, 1845 bis 1874 Stadtrat, 1855 bis 1857 Nationalrat; ferner der Gächlinger Grosslandwirt Hieronymus Murbach, der zu verschiedenen Zeiten als Schaffhauser Ständerat nach Bern delegiert wurde. An-

¹³ Rede vor der Delegiertenversammlung des Kantonalen Landwirtschaftlichen Vereins anlässlich seines Rücktrittes, zusammengefasst in SB 11.—12.2.1932.

¹⁴ Oskar Weibel, *125 Jahre Landwirtschaftlicher Verein Schaffhausen* (SB 4.12.1943).

Oskar Weibel, *100 Jahre Kantonaler Landwirtschaftlicher Verein* (SB 22.9.1950). Vgl. nun auch [Hans Neuko]mm, *125 Jahre Kantonaler Landwirtschaftlicher Verein* (KZ 13.3.1975).

¹⁵ Klettgauer 1.7.1859. Vgl. auch Klettgauer 8.2.1859, 24.5.1859. Die Gründung des KLV erfolgte am 13. Januar 1850 (ST 4.1.1850, 12.1.1850, 16.1.1850, 1.10.1850, 1.11.1850).

¹⁶ Soweit nicht Zufallsfunde in den Zeitungen des 19. Jahrhunderts die Angaben bei Ruh und Weibel (Anmerkung 13, 14) bestätigt oder korrigiert haben, greife ich hier auf diese Aufsätze zurück.

¹⁷ SI 9.12.1862, 24.1.1865.

ton Pletscher, Lehrer-Bauer in Schleithem und Mitbegründer des *Schleitheimer Boten*, löste Gysel 1869 im Präsidium ab. 1885 folgte Johannes Müller von Thayngen, Regierungsrat von 1872 bis 1876, Ständerat von 1879 bis 1906, der zeitweise auch Leiter des «Landwirtschaftlichen Clubs» der Bundesversammlung war¹⁸.

Nachdem 1904 die Gründung der *Freisinnig-demokratischen Partei* und der *Sozialdemokratischen Partei* erfolgt war und sich auch im Kantonalen Landwirtschaftlichen Verein Stimmen bemerkbar machten, die eine vermehrte Behandlung politischer Fragen forderten, erfolgte 1906 eine grössere Ablösung im Kantonalvorstand. Mit Johannes Müller von Thayngen traten Regierungsrat Gottlob Hug von Ramsen und Gemeindepräsident Heinrich Stamm von Schleithem zurück. Der Vorsitz ging an Jakob Schlatter von Hallau über, der noch im gleichen Jahr als Ständeratskandidat gegen Heinrich Bolli portiert wurde, in der Wahl aber unterlag (S. 218). Mit Schlatter nahmen Jakob Ruh von Buch und Jean Stamm von Thayngen Einsitz in den Vorstand. Die drei neuen Vorstandsmitglieder repräsentieren zwölf Jahre später die erste politische Führungsschicht der *Schaffhauser Bauernpartei*. Jean Stamm stieg zum Gemeindepräsidenten von Thayngen auf, Jakob Schlatter wurde 1920 Regierungsrat, Jakob Ruh gelangte 1921 in den Nationalrat und 1924 als dritter Bauernvertreter neben Jakob Schlatter und Traugott Waldvogel ebenfalls in den Regierungsrat.

Von Interesse ist, dass sich der eigentliche Repräsentant der jungen *Schaffhauser Bauernpartei*, Regierungs- und Nationalrat Dr. Traugott Waldvogel¹⁹, gegenüber dem Kantonalen Landwirtschaftlichen Verein und der Partei sehr zurückhaltend verhielt und bei der Parteigründung im Hintergrund blieb. Seit 1906 gehörte er der Schaffhauser Regierung an, nachdem ihn die *Freisinnig-demokratische Partei* unter Assistenz des landwirtschaftlichen Flügels portiert hatte (S. 216). Bis zu seinem Tod verkörperte Traugott Waldvogel die geistige Potenz der *Bauernpartei*, zu der er sich nach erfolgter Gründung bekannte. In ihrem Sinn hatte er bereits vor 1918 gewirkt. Es war der Begründer der Landwirtschaftsschule (1908), der Kantonalen Landwirtschaftlichen Genossenschaft (1911), des Kantonalen Grundbuchamtes (1912) und trat als Natio-

¹⁸ Gruner, Bundesversammlung 499.

¹⁹ Biographische Daten in Gruner, Bundesversammlung 505. Biographie in SBVG 34.1957,290—297. Sein Wirken stellt der Politiker dar in *Rechenschaftsbericht von Dr. T. Waldvogel über seine 25jährige Tätigkeit als Regierungsrat und Nationalrat von 1919 ab*, Thayngen [1930].

nalrat mit Erfolg für die Subventionierung der Güterzusammenlegungen, Meliorationen und Siedlungsneubauten ein. Zweimal legte er ein kantonales Fürsorgegesetz vor, zweimal wurde es trotz sozialer Verbesserungen verworfen. Als Traugott Waldvogel später in die Erziehungsdirektion überwechseln konnte, verwirklichte er mit dem Schulgesetz von 1925 jene Bildungsideale, für die er seit 1889 in Konferenzen und Vorträgen gewirkt hatte. Er postulierte neue Grundsätze der Schulreformbewegung, forderte die Arbeitsschule statt der Lernschule und schuf das schweizerisch berühmte «Rucksackjahr», das jedem Lehrer die einjährige Bewährung in einer praktischen Tätigkeit vor dem Antritt eines Lehramtes vorschreibt. Entsprechend seiner sozialpolitischen Tätigkeit, die politische Gegner gern als idealistisch und weltfremd abtaten, war Traugott Waldvogel in den zwanziger Jahren der einzige Regierungsrat, der vor der kritischen Linken einigermaßen Gnade fand und anerkannt wurde²⁰. In den Weihnachtstagen des Jahres 1930 starb der initiative Bauernpolitiker, der durch seine Persönlichkeit trotz anfänglichem Zögern zur zentralen Figur der *Schaffhauser Bauernpartei* geworden war.

Schaffhauser Bauer als Parteiorgan

Mit dem Beschluss, sich als *Bauernpartei* zu konstituieren, ermächtigte die Delegiertenversammlung des Kantonalen Landwirtschaftlichen Vereins am 19. Dezember 1918 die Politische Kommission, die Herausgabe einer Zeitung für die Landschaft und Landwirtschaft vorzubereiten. Sie erschien als *Schaffhauser Bauer* bereits am 31. Dezember 1918. Das neue Organ der *Bauernpartei* und des Kantonalen Landwirtschaftlichen Vereins basierte auf dem seit Oktober 1911 bestehenden *Volksblatt vom Reiat*, das bisher als *Anzeiger des Bezirks Reiat* bei Karl Augustin in Thayngen gedruckt wurde und nun in der neuen Zeitung aufging²¹. Ab 19. Juni 1919 erschien der *Schaffhauser Bauer* als Tageszeitung.

Kurz nach der Gründung der Partei und des *Schaffhauser Bauern* wurde das Amt des Schaffhauser Bauernsekretärs geschaf-

²⁰ vgl. Nachruf in AZ 27.12.1930.

²¹ Blaser 1084—1085. Zur Geschichte des SB vergleiche die Jubiläumsnummer vom 30.12.1944.

fen, eine private Institution, die gleichzeitig Parteisekretariat, Rechtsauskunftsstelle und Redaktion der Zeitung umschloss. Als erster Bauernsekretär wurde im Herbst 1919 Johannes Winzeler gewählt²², der von der ersten Nummer an den *Schaffhauser Bauern* redigierte. Johannes Winzeler brachte seine journalistische Erfahrung vom *Schaffhauser Intelligenzblatt* mit, das er zuerst als Hilfsredaktor und Korrektor, nach Walter Wettsteins Tod als Interimsredaktor mitgestaltet hatte. In Barzheim (Schaffhausen) aufgewachsen, hatte Winzeler das Seminar Muristalden absolviert und anschliessend als Lehrer in Osterfingen und Merishausen die notwendigen Mittel für das Sprach- und Geschichtsstudium an der Universität Zürich verdient. Mit dem Schaffhauser Seminarleiter Dr. Albert Barth gründete Winzeler in diesen Jahren die «Arbeitsgemeinschaft für Schulreform». Die Gemeinde Merishausen ordnete den initiativen Lehrer von 1911 bis 1914 in den Kantonsrat ab. Nach dem Studium und den Militärdiensten begann er mit seiner journalistischen Tätigkeit. Ruhig und mit der Sachlichkeit eines Historikers schrieb Johannes Winzeler von Ende 1918 bis 1926 den *Schaffhauser Bauern*, amtete als Parteipräsident der städtischen Bauernpartei und trat 1925 wieder in den Kantonsrat ein. Seine hoffnungsvolle Karriere endete 1926 mit einer Sittlichkeitsaffäre, die ihn aus dem Raum Schaffhausen wegtrieb. Als freier Schriftsteller, Verlagsleiter und Historiker lebte Winzeler anschliessend in Basel. Von dort aus behandelte er zahlreiche historisch-politische Themen des Kantons Schaffhausen und krönte seine wissenschaftliche Tätigkeit mit der vielbeachteten *Geschichte von Thayngen*, die 1963, drei Jahre vor seinem Tod, erschien²³.

Das Amt des Schaffhauser Bauernsekretärs war eine ähnliche politische Schlüsselstellung, wie das des Schaffhauser Arbeitersekretärs. Es ist auch in anderer Beziehung auffallend, wie sich 1918 die politische Abspaltung der Schaffhauser Bauernschaft aus der Volksgemeinschaft ganz ähnlich vollzog wie vierzehn Jahre zuvor jene der Arbeiterschaft. 1904 und 1918 wurde eine Partei auf der Grundlage bestehender Berufs- oder Standesorganisationen aufgebaut, eine Rechtsauskunftsstelle eingerichtet und ein Parteiorgan auf der Grundlage eines bestehenden Anzeigenblattes geschaffen. Johannes Winzeler als erster Bauernsekretär und Redaktor war allerdings weniger von politischem Missionsbewusstsein erfüllt als

²² SB 30.12.1944.

²³ Johannes Winzeler, *Geschichte von Thayngen*, Thayngen 1963.
Nachruf in SN 29.10.1966.

sein erster sozialistischer Amtskollege Hermann Schlatter. So gelangte er auch nicht zu gleichem Einfluss. Es blieb den Nachfolgern von Winzeler, besonders Paul Schmid-Ammann und Hans Zopfi, vorbehalten, die Möglichkeiten ihrer Schlüsselstellung voll auszunützen.

Macht und Regierungsverantwortung (1918—1928)

Der *Bauernpartei* fiel nach ihrer Gründung die politische Macht im Kanton dank ihrer zahlenmässigen Ueberlegenheit in den Schoss. Sie hatte keine Kampfzeit zu bestehen, die einer politischen Bewegung erst das notwendige Profil gibt und ihre Postulate härtet. Aehnlich wie die *Freisinnig-demokratische Partei* im Jahr 1904 übernahm sie nach dem Ersten Weltkrieg das Erbe der alten bäuerlich-ländlichen Politik, wie sie im 19. Jahrhundert ein Johann Conrad Bringolf oder ein Zacharias Gysel vertreten hatten. Wie jene fühlten sich die Führer der *Bauernpartei* völlig souverän, hervorgegangen aus der Scholle der Landschaft, deren Bestimmung es zu sein schien, als Korrektiv der Stadt zu wirken. Die *Bauernpartei* verstand sich als nationale Gruppierung und trat dementsprechend unmittelbar nach dem Generalstreik dem «Nationalen Parteienverband» bei (S. 274). Mehr noch fühlte sie sich aber als «Schaffhauser» Partei, die ohne Querverbindungen zu andern Kantonen absolut selbständig die Anliegen der Schaffhauser Landschaft und des Schaffhauser Bauernstandes politisch vertreten wollte. Trotz Ablehnung des sozialistischen Gedankengutes war die *Schaffhauser Bauernpartei* zu Zeiten von Traugott Waldvogel auch eine soziale Partei der Kleinbauern und hatte in ihren Reihen keine landwirtschaftlichen Kriegsgewinnler, die eine im Krieg gewonnene Machtstellung sichern und ausbauen wollten. Diesem Zug entsprechend fehlten der Landschaftspartei fachlich ausgewiesene Kräfte von politischem Format, Weitblick und Willen. Waldvogel war eine Ausnahme. Er hatte sich erst mit 36 Jahren entschieden, seine Reallehrertätigkeit aufzugeben, um Agronomie zu studieren und sein Leben in den Dienst der landwirtschaftlichen Bevölkerung des Kantons zu stellen²⁴. Dennoch galt es nach 1918, die Machtstellung der Partei auszunützen. Regierungsrat Robert Grieshaber, der seit 1876 in der Exekutive sass und mit seinen 44 Amtsjahren gerade die Grenze des allgemein Geschätzten überschritten hatte, trat 1920

²⁴ SBVG 34,1957,292.

zurück. Für ihn portierte die *Bauernpartei* Jakob Schlatter als Regierungsratskandidaten, der ohne Gegenbewerber am 31. Oktober 1920 gewählt wurde. Vier Jahre später stellte der freisinnige Regierungsrat Albert Moser-Tobler sein Mandat der Partei zur Verfügung. Die *Freisinnig-demokratische Partei* war nicht bereit, der Bauernpartei freiwillig ein weiteres Regierungsmandat und damit die Mehrheit in der Exekutive zu überlassen und stellte in Bezirksgerichtspräsident Christian Russenberger von Schleithem einen eigenen Kandidaten der Landschaft auf²⁵. Die *Bauernpartei* stellte ihm Jakob Ruh gegenüber, den sie 1921 als Nationalrat bezeichnet hatte und der durch seine frühere Zugehörigkeit zur *Liberal-demokratischen Partei* auch in jenen Kreisen eine entsprechende Anhängerschaft besass. Der Kampf zwischen *Freisinnig-demokratischer Partei* und *Bauernpartei* verlief relativ ruhig und endete damit, dass beide Kandidaten das absolute Mehr erreichten, Christian Russenberger aber wegen geringerer Stimmenzahl als Ueberzähliger aus der Wahl fiel²⁶. Die *Bauernpartei* übernahm damit die Machtstellung der Freisinnigen auch in der Regierung. Man wird allerdings den Eindruck nicht ganz los, dass sich nach dem Wahlkampf und der Uebergabe der «Regierungsverantwortung» an die *Bauernpartei* nichts an der gemessenen und zurückhaltenden Praxis der kantonalen Exekutive geändert hat. Die Vertreter der *Bauernpartei* erwiesen sich als gute Verwaltungsvorsteher, die den Vorteil hatten, mit einer breiten Parlamentsmehrheit regieren zu können.

Die Enttäuschung über den Wahlausgang hielt im Lager des Freisinns immerhin vier Jahre an und war mit ein Grund, weshalb es 1928 wieder zum Kampf um die Mehrheit in der Regierung kam. Jakob Schlatter nahm nach zwei Amtsperioden seinen Rücktritt, nachdem er als zuverlässiger Gemeinde- und Gewerbedirektor auch in den Jahren der Arbeitslosigkeit ruhig und überlegen gehandelt hatte²⁷. Wie die *Freisinnig-demokratische Partei* vier Jahre zuvor war die *Bauernpartei* nicht bereit, die Regierungsverantwortung wieder abzutreten und portierte Jean Stamm, den Gemeindepräsidenten von Thayngen, als ihren Kandidaten. Die Freisinnigen stellten den Staatsschreiber Dr. Otto Schärrier auf, ausserdem nahm ein überparteilicher «Volksbund der Wilden» mit Geometer Emil Waldvogel von Stetten an der Regierungsratswahl teil. Diesmal stellte sich die *Evangelische Volkspartei* auf die Seite der Frei-

²⁵ Protokoll FDP Kanton 26.10.1924.

²⁶ Amtsblatt 1924,847.

²⁷ Nachruf in SB 18.6.1932, SI 17.6.1932.

sinnigen und empfahl ihrerseits den Kandidaten Schärker, während die *Katholische Volkspartei* wie 1924 Stimmfreigabe beschloss und die Kommunisten konsequent wie stets seit 1916 durch Leereinlegen ihr Missfallen an der bürgerlichen Regierungspraxis bekundeten²⁸. Nachdem der Kampf um die Regierungsmehrheit dieses Mal grundsätzlicher und gehässiger geführt worden war als vier Jahre zuvor, ging Staatsschreiber Otto Schärker als gewählter Regierungsrat aus der Wahl hervor²⁹.

Die bäuerliche Regierungsmehrheit ging unter anderem darum verloren, weil sich die Bauernschaft seit einigen Jahren zahlenmässig verminderte und die Bauernpartei in den Jahren ihrer Uebermacht versäumt hatte, sich intern straffer zu organisieren. Hans Bär, der 1926 auf Johannes Winzeler im Bauernsekretariat folgte, war zuwenig mit den politischen Verhältnissen in Schaffhausen vertraut. Seine Haltung war kaum auf die Schaffhauser Bauern zugeschnitten, und so machte er sich innert kurzer Zeit unmöglich³⁰. Bär verliess das Bauernsekretariat im Frühsommer 1928 und betätigte sich später erfolgreicher in der Glockengieserei in Aarau³¹.

Die Nationalratswahlen der zwanziger und dreissiger Jahre zeigen für die *Bauernpartei* eine eigentümliche Fluktuation ihrer Wählerschaft. 1922 erhielt die Partei 40,2 Prozent aller Stimmen, 1925 sogar 40,7 Prozent, womit sie ihren absoluten Höhepunkt erreichte³². Nach einem Wellental im Jahr 1928 (29,4 Prozent) erreichte die *Schaffhauser Bauernpartei* noch einmal 32,1 Prozent aller Wählerstimmen in der Nationalratswahl von 1931, dann sank der Anteil auf rund 20 Prozent, um endlich 1947, dem letzten Jahr bäuerlicher Wahlteilnahme, auf 15,9 Prozent abzusinken. Souverän verteilte die *Bauernpartei* bis 1925 je zwei Nationalratsmandate, von welchen dem Kanton Schaffhausen in den Jahren 1922 bis 1931 insgesamt drei zukamen. Auf den unglücklichen Grütlianer Jakob Hefti folgte 1921 Jakob Ruh, der bei seiner Wahl in den Regierungsrat 1924 ausscheiden musste. Die *Bauernpartei* bestimmte den in Stein ansässigen Gutsbesitzer Johannes Winzeler als Nachfolger, der allerdings bei der Volkswahl im Herbst 1925 durchfiel und seinen Sitz an den Kommunisten Walther Bringolf abtreten musste (S. 376). Winzeler erreichte dafür 1928 seine Wahl

²⁸ SB 18.10.1928, AZ 20.10.1928, SI 22.10.1928.

²⁹ Amtsblatt 1928, 912—913.

³⁰ Mitteilung Ernst Lieb 8.4.1972.

³¹ Mitteilung Kurt Waldvogel 21.6.1971.

³² vgl. Beilage I.

in den Ständerat, dem er bis 1947 angehörte³³. Der zweite Sitz der *Bauernpartei* im Nationalrat, den Traugott Waldvogel von 1919 bis zu seinem Tod mit Initiative verwaltete und damit für Partei und Kanton Ehre einlegte, fiel Ende 1930 an den Ersatzmann Arnold Rahm von Hallau, der als Direktor der Konservenfabrik eine vermittelnde Stellung zwischen Landarbeitern, Beerenproduzenten und der Firmenleitung in Lenzburg einnahm³⁴. Rahm hatte sich ursprünglich den Sozialdemokraten zugezählt und war während seiner Tätigkeit als Grenzwächter einer jener Beamten gewesen, die 1917 die russischen Emigrantenzüge an der Thaynger Grenze abfertigten³⁵. Bevor Nationalrat Rahm politisch hervortreten konnte, starb er überraschend im März 1932, worauf die *Bauernpartei* wieder Jakob Ruh als Nachfolger bestimmte³⁶. Aber auch Jakob Ruh starb drei Jahre später. Mit ihm verlor die *Bauernpartei* den letzten Magistraten, der zur Gründergeneration zählte. Die «alte Garde», die ab 1906 über den Kantonalen Landwirtschaftlichen Verein das Parteileben beeinflusst hatte, wurde nun durch eine zweite Generation abgelöst, die seit 1928 von Bauernsekretär Paul Schmid-Ammann und Steuerkommissär Ernst Lieb, der 1931 Traugott Waldvogel in der Regierung ersetzte, geführt wurde. Diese beiden Persönlichkeiten wurden zum Mittelpunkt der *Bauernpartei* in der zweiten Phase ihres Bestehens. Sie war geprägt vom schwindenden politischen Einfluss und der verspäteten Selbstbesinnung auf Ziel und Zweck einer bäuerlichen Mittelstandspolitik.

Die rot-grüne Allianz (1928—1940)

Paul Schmid-Ammann

Paul Schmid-Ammann begann seine politisch-journalistische Karriere als Schaffhauser Bauernsekretär, bevor er an die demokratische *Neue Bündner Zeitung* und später ans sozialdemokratische *Volksrecht* wechselte³⁷. Auf den 2. Juli 1928 übernahm der junge Ingenieur-Agronom die Redaktion des *Schaffhauser Bauern*.

³³ Amtsblatt 1928,922. Nachruf in SA 17.6.1960, SN 17.6.1960, KZ 18.6.1960.

³⁴ Amtsblatt 1931,13. Nachruf in SB 22.—24.3.1932, AZ 22.3.1932, SI 22.3.1932.

³⁵ AZ 22.3.1932.

³⁶ Amtsblatt 1932,433—434.

³⁷ Schmid 17,78,172.

Die *Bauernpartei* hatte ihn gemeinsam mit dem Kantonalen Landwirtschaftlichen Verein dazu berufen³⁸. Ende 1939 verliess er den Kanton Schaffhausen, dessen gesellschaftliche Verhältnisse ihm zu eng geworden waren und seinen politischen Ansprüchen entgegenstanden.

Paul Schmid-Ammanns Wirksamkeit in Schaffhausen führte zu einer rot-grünen Allianz zwischen Arbeitern und Bauern, die weniger von der parteipolitischen Konstellation als von der Lage der Schaffhauser Bauernschaft her gegeben war. Die Partei der Klein- und Mittelbauern, die Schmid-Ammann in Schaffhausen traf, stand der Arbeiterschaft nicht prinzipiell ablehnend gegenüber, wie der ehemalige Bauernsekretär in der Rückschau festhält:

Man lebte näher beieinander, kannte einander besser. Aus manchen Bauernhäusern gingen Söhne und Töchter in die Fabrik, und man wusste voneinander, dass jeder an seinem Ort um seine Existenz zu kämpfen hatte. Zudem sah man, dass die Arbeitervertreter in den Gemeinde- und kantonalen Behörden eine durchaus konstruktive Realpolitik verfochten, mochten sie auch in ihrem Parteiblatt ihre kommunistische Ideologie propagieren. Man nahm das auf bäuerlicher Seite nicht so todernst und liess sich jedenfalls von der bolschewistischen Angst nicht ins Bockshorn jagen. Diese Einstellung kam meinen eigenen Ansichten nahe. Von Haus aus hatte ich nie begriffen, dass zwischen Bauern und Arbeitern Feindschaft herrschen soll . . . So erblickte ich es als junger Schaffhauser Bauernsekretär als meine Aufgabe, nicht nur kräftig für den Schutz und die Erhaltung eines gesunden Bauernstandes einzutreten, sondern auch die Gegensätze zur Arbeiterschaft zu überbrücken und dort für die Anliegen der Bauernsame Verständnis zu gewinnen. Ich fand dafür bei den Vorständen des Kantonalen Landwirtschaftlichen Vereins und der Bauernpartei wie bei der grossen Mehrheit der Schaffhauser Bauern selbst Unterstützung³⁹.

Tatsächlich wurde die Kluft, die sich zwischen Stadt und Landschaft durch die Gründung der *Bauernpartei* und ihre Abspaltung vom Freisinn ergeben hatte, in der Bevölkerung durch die «Säcklibauern» teilweise überbrückt. Als «Säcklibauern» bezeichnete man damals jene spezifische Schicht der Fabrikarbeiter, die täglich von

³⁸ Schmid 17.

³⁹ Schmid 18—19.

der bäuerlichen Landschaft in die Stadt strömten und mit ihrem Mittagessen im «Säckli» frühmorgens beispielsweise ins «Jammerthal» wanderten, in jenen tiefen Einschnitt zwischen Breite und Geissberg, worin sich die schwarzgerussten Giessereien und Fertigungshallen der Eisen- und Stahlwerke AG, der späteren Georg-Fischer-Werke befanden⁴⁰. Diese Arbeiter-Bauern betrieben neben ihrer Fabrikarbeit noch Ackerbau und Viehzucht. Typisch für diese Arbeitssynthese sind die damals ausserhalb des Stadtgebietes erstellten Arbeitersiedlungen «Sommerhalde» und «Pantli», die nebst den Wohnbauten auch Ställe und grosse Gemüsebaugärten umfassten.

Der Schaffhauser Bauernstand, der durch den Ersten Weltkrieg aufgewertet worden war, befand sich in den Nachkriegsjahren in einer misslichen Lage. Der Gang in die städtische Fabrik wurde für manchen Bauernsohn zu einer Lebensnotwendigkeit, galt aber als gesellschaftlicher Abstieg⁴¹. Die Krise der Landwirtschaft war Anlass zu einer breitangelegten Untersuchung über die bäuerliche Verschuldung. Bauernsekretär Schmid-Amman ermittelte im Kanton Schaffhausen 267 Bauernbetriebe, die mit über 70 Prozent ihres Aktivkapitals verschuldet waren⁴². Aufgrund dieser bestürzenden Ergebnisse schuf der Kantonsrat eine kantonale Bauernhilfskasse, deren erster Geschäftsführer der spätere Bauernparteipräsident und Regierungsrat Traugott Wanner wurde. Politisch eben noch dominierend, war die *Bauernpartei* nach 1928 darauf angewiesen, für ihre Anliegen das Verständnis und die Bereitschaft anderer Parteien zu gewinnen. In dieser Situation hielt es der Bauernsekretär für wichtig, die städtischen Konsumenten, vor allem die Arbeiter, zu gewinnen und den starren antisozialistischen Bürgerblock langsam aufzulockern.

Nach einem halben Jahr Redaktionszeit am *Schaffhauser Bauern* referierte Paul Schmid-Amman im Januar 1929 über «Aufgaben und Ziele in der Bauernpolitik» und schuf dadurch ein erstes bäuerliches Parteiprogramm⁴³. Eingebettet in allgemeine Postulate wie «sozialer Ausgleich», «Arbeitsfriede», einem Be-

⁴⁰ Mitteilung Regina Kägi-Fuchsmann 4.7.1969. Der Ausdruck «Jomer» findet sich auch in der Schaffhauser Mundartliteratur (*Albert Bächtold, D'Haametstimm*, Schaffhausen 1962,70,293).

⁴¹ *Albert Bächtold, D'Haametstimm*, Schaffhausen 1962,266.

⁴² P[aul] Schmid-Amman, *Die landwirtschaftliche Verschuldung im Kanton Schaffhausen*, Thayngen 1933.20.

⁴³ SB 18.—21.1.1929.

kenntnis zur Demokratie und zum Völkerbund, finden sich als konkrete Ziele der *Bauernpartei* die Selbsthilfe der Bauern, den Bau der Kantonalen Landwirtschaftsschule Charlottenfels und die Förderung des Genossenschaftswesens. Auf den ersten Blick erstaunt die Schlichtheit dieser altbekannten Forderungen, besonders wenn man sie mit den Parteiprogrammen der Linken jener Jahre vergleicht. Es bestätigt sich damit ein Urteil Erich Gruners, wonach sich die Parteiprogramme der Bauernparteien seit ihrer Ablösung vom Freisinn praktisch nicht geändert haben und damit eine Konstanz der politischen Ideen der Bauernschaft offenbaren, die bei andern Parteien nicht festgestellt werden kann⁴⁴. Der *Schaffhauser Bauernpartei* fehlte auch fast völlig der Zuzug aus gewerblichen Mittelschichten der Stadt, so dass ihre Einflussphäre auf die Bauern und die Landschaft beschränkt blieb. Dort herrschte sie allerdings unbestritten.

Entfremdung vom Bürgerblock

Die fortschreitende Entfremdung zwischen der *Freisinnig-demokratischen Partei* und der *Bauernpartei* einerseits, die Annäherung der *Bauernpartei* an die Linksparteien andererseits zeigt sich deutlich an den Wahlbündnissen und Parolen anlässlich der Nationalrats- und Regierungsratswahlen im Jahrzehnt von 1930 bis 1940. Der Tod von Traugott Waldvogel schuf 1930 ein Vakuum innerhalb der *Bauernpartei*. Es war offenbar nicht so ganz einfach, einen geeigneten Nachfolger im Regierungsrat für ihn zu finden. Die Wahl fiel auf Steuerkommissär Ernst Lieb, Ingenieur-Agronom, der sich bereits nach Winzellers Rücktritt für das Amt des Bauernsekretärs interessiert hatte, gegen Hans Bär damals aber wegen mangelnder Praxis in der Vorwahl unterlegen war. Ernst Lieb hatte sich inzwischen, nach Expertisenreisen für den Völkerbund in den Balkan, in der kantonalen Verwaltung betätigt. Ohne Gegenkandidat wurde er am 8. Februar 1931 als 33jähriger zum Regierungsrat gewählt, wobei er die Unterstützung des freisinnigen *Intelligenzblattes* erhielt. Die *Arbeiter-Zeitung* als Organ der *Kommunistischen Partei-Opposition* hatte gemäss alter Praxis Leerlegen empfohlen⁴⁶. Bei dieser Wahl sowie bei der Integralerneuerung des Regierungsrates im Herbst 1932 war das Verhältnis

⁴⁴ Gruner, Parteien 155.

⁴⁵ Mitteilung Ernst Lieb 8.4.1972.

⁴⁶ AZ 7.2.1935. SI 7.2.1935.

zwischen den Bürgerlichen und der *Bauernpartei* noch völlig ungetrübt⁴⁷.

Unumstritten wurde auch Traugott Wanner im März 1935 als Nachfolger von Jakob Ruh zum Regierungsrat gewählt. Allerdings übertraf die Zahl der leeren und ungültigen Stimmzettel die Zahl der Pro-Wanner-Stimmen⁴⁸. Das merkwürdige Resultat ergab sich, weil das *Intelligenzblatt* auf die Unterstützung Traugott Wanners verzichtet und die *Arbeiter-Zeitung* zum letztenmal ein stures Leereinlegen empfohlen hatte⁴⁹.

Kriseninitiative

Erstmals seit 1922 kam es anlässlich der Nationalratswahlen im Oktober 1935 zu keiner Listenverbindung mehr zwischen den Bürgerlichen und der *Bauernpartei*. Was war die Ursache? Es waren nicht taktische oder proporztechnische Gründe, sondern die Konsequenz aus der sozialen Politik der *Bauernpartei*. Als deren Repräsentant war Paul Schmid-Amman an der Delegiertenversammlung vom 10. März 1935 für den verstorbenen Jakob Ruh zum Nationalrat gewählt worden⁵⁰. Kaum vereidigt, nahm Schmid-Amman im Nationalrat sofort Stellung zugunsten der sozialdemokratisch-gewerkschaftlichen Kriseninitiative, eine Haltung, die sich von den Bauernvertretern der übrigen Schweiz krass unterschied. Der Schaffhauser Bauernsekretär lehnte sich damit an die Vertreter der Berner *Bauernheimatbewegung* und ihren Führer Dr. Hans Müller an, welcher durch seine Unterstützung der Kriseninitiative eine Spaltung der bernischen *Bauern-, Gewerbe- und Bürgerpartei* herbeiführte⁵¹.

In Schaffhausen dagegen blieb die Einheit der Partei erhalten. Bereits am 19. Januar 1934 hatte Schmid-Amman eine Schaffhauser Jungbauernorganisation gegründet und damit einen gemässigten Linkskurs vorbereitet⁵². Die Delegiertenversammlung der

⁴⁷ BP, EVP, FDP und KVP empfahlen die Bisherigen (SI 10.10.1932), die KPO empfahl Leereinlegen (AZ 15.10.1932).

⁴⁸ Eingegangene Stimmzettel 12 133, leer und ungültig 6633, für Wanner 4833 Stimmen (Amtsblatt 1935,294).

⁴⁹ AZ 23.3.1935. SI 23.3.1935.

⁵⁰ SB 11.8.1935. Amtsblatt 1935,266.

⁵¹ Junker 79—83. Zur Stellung Schmid-Ammanns vgl. René Riesen, *Die Schweizerische Bauernheimatbewegung*, Bern 1972,73—75.

⁵² SB 18.1.1934. AZ 23.1.1934. Eine Reorganisation fand 1936 statt (SB 7.11.1936).

Schaffhauser Bauernpartei bestätigte am 12. Mai 1935 den Kurs ihres Bauernsekretärs, indem sie sich mit 149 gegen 27 Stimmen für die Unterstützung der Kriseninitiative aussprach⁵³. Auch die Linksparteien traten für die Kriseninitiative ein, und der Kanton Schaffhausen gehörte demzufolge in der Abstimmung vom 2. Juni 1935 zu den annehmenden Ständen. Weniger erfreulich waren die Auswirkungen für den Exponenten des bäuerlichen Linkskurses, der sich im Herbst 1935 als Nationalrat vom Volk bestätigen lassen wollte. Eine Listenverbindung mit den bürgerlichen Gegnern der Kriseninitiative war unmöglich geworden. Die isolierte *Bauernpartei* unterlag in der Wahl und mit ihr der Kandidat Paul Schmid-Ammann. Der zweite Nationalratssitz fiel an die *Freisinnig-demokratische Partei*⁵⁴.

1935 war das Jahr, in dem sich die beiden Linksparteien in Schaffhausen wieder zusammenfanden. Im Juni vereinigten sich die *Kommunistische Partei-Opposition* und die *Sozialdemokratische Partei II*, womit ein ideologisches Einschwenken auf die Linie der *Sozialdemokratischen Partei der Schweiz* und das Bekenntnis zur Landesverteidigung verbunden war (S. 456). Mit diesem Akt erkaufte sich die vereinigte Linke, die nun als *Sozialistische Arbeiterpartei* auftrat, die Regierungsfähigkeit. Der erste Wahlakt, an der die neue Arbeiterpartei nach den Nationalratswahlen teilnahm, war die Ersatzwahl für den zurücktretenden Regierungsrat Fritz Sturzenegger (FDP). Während die Bürgerlichen den freisinnigen Steiner Reallehrer Heinrich Bächtold unterstützten, portierte die *Sozialistische Arbeiterpartei* den gemässigten Sozialdemokraten Ernst Bühler. Die *Bauernpartei*, deren Haltung von besonderem Interesse ist, verzichtete auf eine eigene Kandidatur und beschloss Stimmfreigabe⁵⁵. Dieser denkwürdige Entscheid fiel unter dem Einfluss der jungbäuerlichen Bewegung im Kanton Schaffhausen, die mit der Arbeiterpartei sympathisierte. Nicht ganz zufällig dürfte gewesen sein, dass Lehrer Ernst Bühler Mitglied der «Religiös-sozialen Vereinigung» war⁵⁶, zu deren Richtung sich auch Bauern-

⁵³ SB 13.—16.5.1935.

⁵⁴ Schmid 53 irrt sich, wenn er schreibt: *Gewählt wurden der inzwischen mit seiner kommunistischen Parteiopposition zur Sozialdemokratie übergetretene bisherige Nationalrat Walther Bringolf und der Gewerbevertreter Sigerist-Schalch, dem die Stimmen des gesamten Bürgerblocks, der Frontisten und des rechten Flügels der Bauernpartei zufielen. Die Nationale Front stellte in Conrad Tanner einen eigenen Kandidaten* (S. 515).

⁵⁵ SB 4.12.1935, 12.12.1935.

⁵⁶ SB 5.12.1935.

sekretär Schmid-Ammann bekannte⁵⁷. Es lässt sich jedenfalls nicht verkennen, dass die sozialistische Kandidatur genau auf die Wünsche der *Bauernpartei* zugeschnitten war. Mit 1000 Stimmen Vorsprung gegenüber Heinrich Bächtold wurde denn auch Ernst Bühler am 15. Dezember 1935 als erster Sozialdemokrat in den Schaffhauser Regierungsrat gewählt⁵⁸.

Abwehr der Fronten

Die rot-grüne Allianz, die Ende des Jahres 1935 in Schaffhausen nicht nur sachlich im Kampf gegen die Wirtschaftskrise, sondern auch zwischen den Parteivertretern bestand, war unter anderem möglich geworden vor dem Hintergrund der Frontenbewegung, die sich bekanntlich in Schaffhausen besonders stark bemerkbar machte. Die Arbeiterschaft war spätestens seit Mussolinis Marsch auf Rom (1922) antifaschistisch orientiert und verfolgte hellhörig Hitlers Machtübernahme und das Verbot der deutschen Gewerkschaften und der Parteien im Mai 1933. Für das Bürgertum begann die aktuelle Auseinandersetzung mit dem Faschismus erst anlässlich des Frontenfrühlings von 1933. Auch die *Schaffhauser Bauernpartei* befasste sich an ihrer Delegiertenversammlung vom 7. Mai 1933 mit den Fronten und Bündnen. Nach dem Eröffnungswort des Parteipräsidenten Traugott Wanner, der sich unüberhörbar gegen Diktaturen von links und rechts aussprach, referierte Paul Schmid-Ammann⁵⁹. Er hatte die Leserschaft des *Schaffhauser Bauern* geistig vorbereitet, so dass seine Grenzziehung gegenüber den Fronten, die in einer etwas blumig abgefassten «Kundgebung an das Schaffhauser Volk» zusammengefasst wurde, wenig Opposition hervorrief. Christian Bächtold von Schleithem und Landwirtschaftslehrer Walter Marbach, beide Vertreter des linksbäuerlichen Kurses, unterstützten den Bauernsekretär und erhoben ihre Stimme gegenüber dem rechten Parteiflügel, der von Alfred Erzinger und Johannes Müller vertreten wurde. Auf eine geplante Aktion gegen die Fronten, mit welchen der rechte Parteiflügel sympathisierte, wurde verzichtet, doch gab sich bald genug Gelegenheit, sich mit ihnen auseinanderzusetzen. Bauernsekretär Schmid-Ammann gibt dazu folgenden Situationsbericht:

⁵⁷ Schmid 173. Zopfi 88.

⁵⁸ Amtsblatt 1935,1112.

⁵⁹ SB 8.5.1933.

Als die Frontisten ihren Propagandafeldzug auf die Landschaft hinaus ankündigten, empfahl ich den Sektionen des Landwirtschaftlichen Vereins, den Saal der Gemeindehäuser für frontistische Versammlungen nur unter der Bedingung freizugeben, dass statt Marschmusik und Vaterlandshymne nach der «Führer»-Rede freie Diskussion gewährt werde und keine «Harst»-Leute als «Saalschutzordner» anwesend seien. Ich selbst stellte mich für verschiedene solcher Veranstaltungen als Diskussionsredner zur Verfügung. Das Rezept hatte Erfolg. Der ganze Frontenzauber fiel in sich zusammen, sobald die frontistischen Phrasendreher nach ihren schwülstigen Sprüchen auf konkrete Fragen Rede und Antwort stehen mussten und dabei die ganze Hohlheit ihres patriotischen Palavers zum Vorschein kam. Der Frontenfeldzug auf der Landschaft nahm schliesslich ein humorvoll-klägliches Ende⁶⁰.

Tatsächlich gelang es der *Neuen und Nationalen Front* nicht recht, in die politische Machtsphäre der *Bauernpartei* einzubrechen. In einigen Gemeinden, zum Beispiel in Siblingen, konnte sie ein Gemeinderatsmandat erobern, doch lediglich der Landwahlkreis Schleithem ordnete vorübergehend ein frontistisches Mitglied in den Kantonsrat ab (S. 516). Sympathiegefühle für die Frontisten wirkten mehr unterschwellig im Klettgau, doch blieb es dem Nachfolger von Paul Schmid-Amman vorbehalten, sie zu aktivieren.

Beitritt zur Richtlinienbewegung

Vor dem Hintergrund der rechtsextremen Politik der Frontisten gedieh die bäuerlich-sozialistische Zusammenarbeit weiter. Paul Schmid-Amman erhielt durch den Beschluss der Delegiertenversammlung vom 11. Oktober 1936 die Kompetenz, mit andern Parteien und Wirtschaftsgruppen zwecks politischer Zusammenarbeit in Kontakt zu treten⁶¹. Konkret bedeutete das, dass sich der Bauernsekretär mit den unterlegenen Befürwortern der Kriseninitiative in Verbindung setzen konnte, die sich zur schweizerischen «Richtlinienbewegung» zusammengeschlossen hatten. Die Richtlinienbewegung verpflichtete beitretende Parteien, Verbände, Gewerkschaften und andere Vereinigungen auf ein gemeinsames *Programm für den wirtschaftlichen Wiederaufbau und für die Lösung der sozialen Probleme im Geiste der sozialen Gerechtigkeit*,

⁶⁰ Schmid 27.

⁶¹ SB 12.10.1936.

*gegenseitiger Solidarität im Wirtschaftsleben als Grundlage einer wahren Volksgemeinschaft*⁶². Bis 1937 traten der Richtlinienbewegung etwa 15 wirtschaftliche und politische schweizerische Organisationen bei, welche die Mehrheit der Arbeiter, Angestellten und Bauern des Landes repräsentierten. Die demokratischen Parteien und die Linksfreisinnigen begrüßten die überparteiliche Zusammenarbeit im Zeitpunkt der wirtschaftlichen Krise und der Arbeitslosigkeit. Paul Schmid-Ammann setzte sich mit seiner ganzen Persönlichkeit dafür ein, die *Schaffhauser Bauernpartei* der Richtlinienbewegung zuzuführen. Das war um so schwieriger, als gleichzeitig eine Einladung zum Eintritt in die schweizerische *Bauern-, Gewerbe- und Bürgerpartei* eintraf. Der denkwürdige Parteitag vom 2. Mai 1937 hatte die heikle Frage des überkantonalen Zusammenschlusses zu entscheiden.

Der Entscheidungsparteitag von 1937 prägte sich so stark in das Bewusstsein der Schaffhauser Bauernpolitiker, dass sie noch in der Gegenwart erzählen, wie damals von den Anhängern beider Seiten alle erdenklichen Mittel eingesetzt wurden, um die Abstimmung zu beeinflussen⁶³. Der *Schaffhauser Bauer* begann einen halben Monat zuvor mit dem Abdruck von Meinungsartikeln, die sich mit dem zukünftigen Schicksal der *Bauernpartei* befassten. Am Abstimmungstag selbst wurden die Parteimitglieder teilweise mit Cars abgeholt und zum Tagungsort, dem Hotel Bellevue in Neuhausen am Rheinfall, geführt, weil die zu erwartenden Auseinandersetzungen zwischen linkem und rechtem Flügel zur höchsten Mobilisation aller Kräfte zwang. Die *Bauern-, Gewerbe- und Bürgerpartei der Schweiz* wurde durch Dr. Markus Feldmann vertreten, damals Parteisekretär, später Bundesrat, der vor rund 400 Mitgliedern der *Schaffhauser Bauernpartei* diese zum Beitritt in seine Partei aufforderte⁶⁴. Den Anschluss an die Richtlinienbewegung vertrat ebenso vehement der Schaffhauser Bauernsekretär Schmid-Ammann, worauf eine gewaltige Diskussionsschlacht folgte. Walter Marbach (Schaffhausen), Jakob Werner (Merishausen), Eugen Gehring (Schaffhausen), Erwin Müller (Löhningen) und Otto Meister (Merishausen) unterstützten die Richtlinienpolitik, während Heinrich Gysel-Ruh (Wilchingen) und Emil Bringolf (Hallau) den Beitritt zur BGB empfohlen. Einen Vermittlungsantrag stellte Jakob Brütsch (Ramsen), der die Einheit der Partei in Gefahr sah und

⁶² Schmid 54.

⁶³ Mitteilung Kurt Waldvogel 21.6.1971.

⁶⁴ Tagungsbericht in SB 3.5.1937. Vorbereitende Artikel SB 17.2.1937, 24.4.1937, 1.5.1937, 8.5.1937.

daher dafür plädierte, dass man sich keinem der beiden Lager anschliessen möge. Von Vizepräsident Christian Bächtold, der sich einer neutralen Diskussionsleitung befleißigte, wusste man aus der Presse, dass er der Richtlinienbewegung zuneigte. Schliesslich folgte die Abstimmung. Sie ergab ein recht knappes Resultat, wie man erwartet hatte. Mit 182 gegen 160 Stimmen entschied sich die *Schaffhauser Bauernpartei* für den Eintritt in die Richtlinienbewegung, und mit 121 zu 190 Stimmen lehnte sie den Beitritt zur BGB ab. Das Zahlenverhältnis zeigt, in welcher ZerreiSSprobe die Partei stand, der die eigentliche Bewährungsprobe ihrer Einheit erst noch bevorstand.

Die rot-grüne Allianz in Schaffhausen erhielt Auftrieb, als der Arbeiterführer Walther Bringolf anlässlich des Parteitages der *Sozialdemokratischen Partei der Schweiz* im Januar 1937 für den Beitritt seiner Partei zur Richtlinienbewegung sprach und ein positives Abstimmungsresultat erzielte⁶⁵. Die *Schaffhauser Bauernpartei* und die *Sozialistische Arbeiterpartei des Kantons Schaffhausen* gehörten von diesem Zeitpunkt an zu einer gemeinsamen Dachorganisation, die in den Jahren bis 1939 zu einer Entschärfung der innenpolitischen Situation der Schweiz beitrug. Diese Gemeinsamkeit blieb auf die kantonale Politik nicht ohne Folgen. Schon im Herbst 1936 unterstützten die Sozialisten anlässlich der Gesamterneuerungswahl den Bauernvertreter Paul Schmid-Ammann als Kantonsrat und die bäuerlichen Kandidaten bei der Schaffhauser Grossstadtratswahl⁶⁶. Die *Sozialistische Arbeiterpartei* revanchierte sich damit für die bäuerliche Stillhaltepolitik bei der Regierungersatzwahl von 1935. Als nach dem Tod von Ernst Bühner (SAP) und Otto Schärner (FDP) am 31. Oktober 1938 wieder zwei Regierungsräte gewählt werden mussten, zeigte sich die *Bauernpartei* als ausgleichende Mittelgruppe, indem sie gleichzeitig den freisinnigen Gustav Schoch und den Sozialisten Theodor Scherrer unterstützte⁶⁷.

Misserfolg des Linkskurses nach Kriegsausbruch

Der Höhepunkt der rot-grünen Zusammenarbeit wurde erreicht, als anlässlich der Nationalratswahlen vom Herbst 1939 die *Bauernpartei* mit ihrem Kandidaten Paul Schmid-Ammann und die *Sozialistische Arbeiterpartei* mit ihrem Kandidaten Walther Bringolf

⁶⁵ AZ 1.—3.2.1937. Vgl. Bringolf 192.

⁶⁶ AZ 28.10.1936, 11.11.1936.

⁶⁷ SB 29.10.1938.

eine Listenverbindung schlossen⁶⁸. Der bäuerliche Kandidat hatte eine unkumulierte Liste zusammen mit Regierungsrat Ernst Lieb ausgeschlagen in der Ueberzeugung, dass dann sein Mitkandidat gewählt würde⁶⁹. Erschwerend für die Wahlvorbereitung wirkte der Umstand, dass sich Paul Schmid-Ammann im Militärdienst befand und nicht persönlich die Propaganda für die *Bauernpartei* leiten konnte. Schmid-Ammann wurde wieder nicht gewählt, und damit verlor die rot-grüne Allianz für die *Bauernpartei* ihre Bedeutung. Der Misserfolg lag letztlich weniger am Kandidaten oder an der Wahltaktik, sondern ergab sich aus dem Rückgang der Bauernpartei-Wähler.

Der Ausbruch des Zweiten Weltkrieges veränderte die politische Situation und brachte Aenderungen in Schaffhausen. Paul Schmid-Ammann und sein Mitredaktor Hans Martin Bernath leisteten von Ende August 1939 an Militärdienst. Die Redaktion des *Schaffhauser Bauern* ging vorübergehend auf Frau Schmid-Ammann über⁷⁰. Als redaktioneller Mitarbeiter wirkte Carlo Daeschle, ein ausgesprochener Antifaschist, der gleichzeitig die *Arbeiter-Zeitung* belieferte und als Nachrichtenträger zwischen *Bauernpartei* und *Sozialistischer Arbeiterpartei* tätig war (S. 316). Aber nicht nur äusserlich, auch innerlich vollzog sich ein Wandel. *Ich sah voraus*, schreibt Schmid-Ammann, *dass sich der politische Kurs der Bauernpartei unter den Kriegereignissen stärker nach rechts ausrichten werde und unter solchen Umständen mein Wirken in Schaffhausen wenig Sinn mehr haben würde*⁷¹. Die Tage der rot-grünen Allianz waren tatsächlich gezählt, und der Bauernsekretär verspürte die Stärkung des rechten Parteiflügels. Ende des Jahres 1939 verliess er den Kanton Schaffhausen und wechselte an die demokratische *Neue Bündner Zeitung* über. Sein Weggang war Ursache für einen verstärkten Rechtstrend innerhalb der *Schaffhauser Bauernpartei*, in der nun jene Kräfte zum Zug kamen, die den Agrarsozialisten Paul Schmid-Ammann abgelehnt hatten.

Der Rechtskurs (1940—1942)

Hans Zopfi

Das Amt des Schaffhauser Bauernsekretärs, der gleichzeitig Parteisekretär und Redaktor des *Schaffhauser Bauern* war, wurde

⁶⁸ Amtsblatt 1939,951—952.

⁷⁰ Schmid 77.

⁶⁹ Mitteilung Ernst Lieb 8.4.1972.

⁷¹ Schmid 78.

durch Paul Schmid-Amman zum politischen Zentrum der *Bauernpartei* ausgestaltet. Sie hatte als Grosspartei der Landschaft eine entscheidende Bedeutung in der kantonalen Politik. Das Sekretariat verlangte eine initiative und selbständige Persönlichkeit, und es war der *Bauernpartei* klar, dass wieder ein Redaktor von politischem Format eingesetzt werden musste. Nach einer Interimszeit, während welcher der bisherige zweite Redaktor Hans Martin Bernath die Geschäfte führte⁷², wählte die zuständige Wahlkommission Hans Zopfi als Nachfolger von Paul Schmid-Amman⁷³. Hans Zopfi hatte bei seinem Redaktionsantritt in Schaffhausen eine reiche journalistische Tätigkeit hinter sich, die ihn von Berner Oberländer Zeitungen über die *Zürcher Post* und die *Volkswacht am Bodensee* zum *Echo vom Zürichberg* geführt hatte. Ausserdem war er Mitarbeiter gewesen am Organ der Völkerbundsgegner *Das Freie Wort*, hatte den «Volksbund für die Unabhängigkeit der Schweiz» durch seine Artikel in den *Schweizerischen Monatsheften für Politik und Kultur* unterstützt, war durch die *Nationale Front* in den Strudel der Erneuerungsbewegungen hineingeraten und hatte Artikel im korporativ-mittelständisch ausgerichteten Wochenblatt *Neue Schweiz* veröffentlicht⁷⁴. Entsprechend seiner bisherigen Tätigkeit war Hans Zopfi rechtsbürgerlich und antisozialistisch eingestellt, und seine feste Bindung an die Scholle rückte ihn in die Nähe der «Blut- und-Boden-Ideologie».

Wer Hans Zopfi nach Schaffhausen berief, ist nicht bekannt⁷⁵. Die Wahl zeigt, dass es der Leitung der *Bauernpartei* daran gelegen war, die Partei aus der rot-grünen Allianz und der Einflussphäre von Walther Bringolf sowie der *Sozialistischen Arbeiterpartei* herauszumanövrieren. Wieweit Zopfis politische Vergangenheit den leitenden Parteiinstanzen bekannt war, lässt sich nicht mehr rekonstruieren, doch ist einleuchtend, dass ein national gesinnter und militärfreundlicher Redaktor berufen wurde, um in der Kriegszeit den pazifistischen Kurs von Schmid-Amman zu korrigieren. Zopfis Redaktionsübernahme in Schaffhausen stand unter dem herrschenden Druck des erwarteten deutschen Einmarsches in die Schweiz vom 10. Mai 1940. Wenige Tage später war der militärische Zusam-

⁷² Hans Martin Bernath zeichnete im SB vom 1.1.1940 bis 8.4.1940.

⁷³ SB 18.4.1940.

⁷⁴ Glaus 24. Die Jahre bis zu seiner Schaffhauser Zeit beschreibt *Hans Zopfi* in *Anekdoten und Erinnerungen*, Affoltern am Albis 1952. Im folgenden wird aus dem zweiten Band zitiert: *Hans Zopfi, Aus sturmerfüllter Zeit*, Affoltern am Albis 1954. Biographische Daten zu Zopfi: SZG Beiheft 14, 1969, 398.

⁷⁵ Zopfi 63.

menbruch Frankreichs eine unumstössliche Tatsache. Die ersten Leitartikel von Hans Zopfi im *Schaffhauser Bauern* hatten diese Ereignisse zum Inhalt. Er ermahnte seine neue Leserschaft an der Nordgrenze des Landes zur Ruhe und Besinnung und attestierte den Bauern im Kanton einen kühlen Mut in diesen kritischen Tagen⁷⁶.

Die Repräsentanten der Partei

Erst nach diesen spannungsgeladenen Tagen kam die *Bauernpartei* dazu, die Berufung Hans Zopfis zu bestätigen, was anlässlich der Delegiertenversammlung vom 21. Juli 1940 mit Einstimmigkeit geschah⁷⁷. Dabei hatte der neue Redaktor eine erste Gelegenheit, mit den politischen Persönlichkeiten der Partei in Kontakt zu treten, die er in einer kurzen Notiz charakterisiert:

Nach dem Tode Dr. Waldvogels war die Bauernpartei tatsächlich ohne eigentliche geistige Führung. Walter Marbach ging doch die eigentliche politische Fähigkeit ab. Er war politisch zu sehr Gefühlen und gewissen, wahrscheinlich ererbten Ressentiments ausgeliefert . . . Marbach war eigentlich ein bernischer Radikalinski stämpflischer Richtung, der in politischen Dingen mehr räsonierte als überlegte, indessen nicht abgeneigt war zu allerlei Winkelzügen und zu Umwegen, die Bauernschlauheit verrieten. Der Direktor der landwirtschaftlichen Schule Charlottenfels, Lichtenhahn, hielt sich politisch zurück. Als Bauernpolitiker traten damals in Erscheinung der Stadtpräsident von Stein am Rhein, Johannes Winzeler, Ständerat, ein früherer Bauer; dann der Regierungsrat Traugott Wanner aus Schleithelm, Landwirt, ein tüchtiger Verwaltungsmann, kantonaler Landwirtschaftsdirektor; Regierungsrat Ernst Lieb, ebenfalls aus Stein am Rhein, ing. agr., kantonaler Baudirektor, heute Ständerat, war schon damals die stärkste Persönlichkeit in der Bauernpartei. Ernst Lieb diente während des Aktivdienstes als gewöhnlicher Trainsoldat. Er ist nicht nur ein klarer Kopf, sondern vor allem auch ein fester Charakter. Er ist einer der wenigen Männer, die ihre Auffassung auch gegenüber einer Mehrheit, ja, sogar gegenüber einer erdrückenden Mehrheit, unerschrocken zu verteidigen wagen⁷⁸.

⁷⁶ SB 29.4.1940, 23.5.1940, 25.5.1940.

⁷⁷ SB 22.—23.7.1940.

⁷⁸ Zopfi 78—79.

In diesen wenigen Worten beschreibt Hans Zopfi die Repräsentanten der *Schaffhauser Bauernpartei* um 1940. Wie Paul Schmid-Ammann führte Zopfi in der Folge auch das Parteisekretariat, wodurch er mit den führenden Vertretern der andern Parteien zusammentraf. Eine Schlüsselfigur war damals Kantonsschullehrer Dr. Karl Schib, der als praktizierender Katholik städtischer Parteipräsident der Freisinnigen war und gleichzeitig im *Schaffhauser Bauern* historisch fundierte Leitartikel zum Zeitgeschehen veröffentlichte. Allein durch Schibs persönliche Verbindungen war eine bürgerliche Koalition von Freisinnigen, Katholiken und Bauern vorgegeben, welche durch die *Evangelische Volkspartei* noch verstärkt werden konnte. Diese Koalitionsfrage wurde kurz nach Hans Zopfis Amtsantritt in Schaffhausen aktuell, weil im Herbst 1940 die Gesamterneuerungswahlen stattfanden.

Bürgerblock im Wahlherbst 1940

Noch 1939 hatte die *Bauernpartei* eine Listenverbindung mit den Sozialisten geschlossen. Mit Zopfis Erscheinen in Schaffhausen fand die *Bauernpartei* zurück zu einer bürgerlichen Koalition. Dass sich 1940 ein Zusammenschluss der Parteien gegen die Sozialisten aufdrängte, hatte weniger mit der Ideologie als mit den praktischen Erfolgen der Linken zu tun. Nach der Vereinigung von *Kommunistischer Partei-Opposition* und *Sozialdemokratischer Partei II* zur *Sozialistischen Arbeiterpartei* hatte die Linke 26 Sitze im Kantonsrat erobert und lag somit nur noch knapp hinter der Bauernpartei, der dank dem Majorzsystem und den zahlreichen Ein-Mandat-Wahlkreisen auf der Landschaft 31 Sitze zukamen. In der Stadt Schaffhausen hatten die Sozialisten im gleichen Wahlherbst 1936 mit 27 von 50 Sitzen die absolute Mehrheit im Grossen Stadtrat erobert. Zudem stellte sie in Walther Bringolf den Stadtpräsidenten und einen der beiden Nationalräte. Diese sozialistische Machtposition legte den bürgerlichen Parteien das Zusammengehen nahe.

Den Auftakt des Wahlherbstes von 1940 bildeten die Regierungswahlen. Die Bauernpartei trat für den Status quo ein und unterstützte alle Bisherigen sowie den freisinnigen Kandidaten Dr. Walther Brühlmann, der den zurücktretenden Gottfried Altorfer (FDP) ersetzen sollte. Indirekt bekämpfte sie damit den sozialistischen Regierungskandidaten Hermann Erb, der gegen Brühlmann antrat. Die *Sozialistische Arbeiterpartei* beantwortete diese Ablehnung, indem sie entgegen bisheriger Praxis bezüglich der beiden Bauernpartei-Regierungsräte Ernst Lieb und Traugott Wan-

ner Stimmfreigabe proklamierte⁷⁹. Trotzdem wurden die beiden Bauernpolitiker mit den höchsten Stimmenzahlen gewählt und distanzieren Erb deutlich⁸⁰. Die erste Wahlrunde war damit durch die Bürgerlichen gewonnen. Als Demonstration gegen die sozialistische Kampfkandidatur Erb empfahl das bürgerliche Wahlkomitee, bei der Stadtpräsidentenwahl leer einzulegen und die Sozialisten ihren Kandidaten Walther Bringolf allein wählen zu lassen. Prompt folgten 2289 Wähler dieser Parole, während auf den bisherigen Inhaber 3046 Stimmen fielen⁸¹.

Auf die Kantonsratswahlen verbreitete die *Sozialistische Arbeiterpartei* das psychologisch geschickt gewählte Motto: *Nid aapasse — ufpass! Nid chrüüche — senkrecht stoh!* Der Slogan zierte die Plakatwände aller Dörfer des Kantons und verwies eindringlich auf die äussere und innere Bedrohung der Schweiz⁸².

Dennoch verlor die Linke vier Sitze an die *Freisinnig-demokratische Partei*. Die Bauernpartei konnte ihren Besitzstand wahren⁸³. Der grosse Kampf spielte sich schliesslich um die sozialistische oder bürgerliche Mehrheit im Grossen Stadtrat von Schaffhausen ab, der Mitte November 1940 gewählt wurde. Das bürgerliche Wahlkomitee, bestehend aus Kantonsschullehrer Dr. Karl Schib (FDP), Dr. Hans Sollberger (FDP), Dr. Josef Ebner (KVP) und Redaktor Hans Zopfi (BP), verbreitete einen Wahlauf Ruf in Briefform, der den Satz enthielt: *Es ist mit den Händen zu greifen, dass uns ein sozialistisches Regiment in steigende innere und äussere Schwierigkeiten bringen würde*⁸⁴. Die *Sozialistische Arbeiterpartei* konterte: *Der Grosse Stadtrat braucht keine bekehrten Frontisten, die ihr «grosses» Vaterland noch nicht vergessen haben*⁸⁵, und spielte damit auf die frontistische Vergangenheit einiger Bürgerlichen an. Bei 53,7 Prozent bürgerlichen und 46,3 Prozent sozialistischen Stimmen verlor die *Sozialistische Arbeiterpartei* am 17. November 1940 ihre absolute Mehrheit im Grossen Stadtrat und musste sich mit 20 von bisher 27 Sitzen begnügen⁸⁶.

⁷⁹ Wahlvorschläge für die Regierungsrats- und Bezirkswahlen vom 19.—20. Oktober 1940 [SAP-Flugblatt] (Stadtbibliothek WN 116).

⁸⁰ Amtsblatt 1940,1052—1053.

⁸¹ SN 29.10.1940.

⁸² Zopfi 81.

⁸³ SB 4.11.1940.

⁸⁴ Abdruck des Briefes vom 14.11.1940 in Anpasser-Prozess 8.

⁸⁵ Für den Sieg des arbeitenden Volkes [SAP-Flugblatt 1940] (Stadtbibliothek WN 116).

⁸⁶ SN 18.11.1940.

Beide Seiten titulierten im Wahlherbst 1940 die Gegenpartei als «Partei der Anpasser». Die Sozialisten schlugen aussen- und innenpolitische Kommentare der bürgerlichen Presse zum Zusammenbruch Frankreichs und zur neuen politischen Situation der Schweiz breit und versuchten damit einen Defätismus des Bürgertums zu beweisen. Die Bürgerlichen erinnerten mit entsprechenden Zitaten aus der *Arbeiter-Zeitung* an die ideologischen Kursänderungen der ehemals kommunistischen Bringolf-Partei, die sich nach Jahren vehementer Angriffe auf die bürgerliche Demokratie nun als Hüterin und Bewahrerin der schweizerischen Nation aufspielte⁸⁷. Die Anpasser-Beschuldigungen setzten sich nach dem Wahlherbst fort und führten schliesslich zum sogenannten «Anpasser-Prozess», der Hans Zopfi zum Verhängnis werden sollte.

Zopfi als angefeindeter Wahlmacher

Josef Ebner fasste den Wahlherbst 1940 und die politische Rolle von Hans Zopfi für das *Vaterland* mit den Worten zusammen:

Im Mai 1940 wurde dann Herr Redaktor Hans Zopfi an den «Schaffhauser Bauern» gewählt. Ihm übergab man denn auch die bürgerliche Koalition, den Wahlkampf im Herbst 1940 zu leiten. Der «Schaffhauser Bauer» führte diesen Wahlkampf loyal, aber sehr energisch durch. Der neue Redaktor vermied es, auf das tiefe Niveau persönlicher Anödereien zu steigen. Der Wahlkampf wurde im engen Einverständnis mit den Freisinnigen, Katholiken und mit der Evangelischen Volkspartei durchgeföchten. Der neue Bauernsekretär war der unbestrittene Wahlmacher⁸⁸.

Hans Zopfi war es also, der im Herbst 1940 die Arbeiterpartei durch eine zielgerichtete bürgerliche Propaganda um ihren beherrschenden Einfluss brachte. Seine antisozialistische Haltung war eine Herausforderung an die *Sozialistische Arbeiterpartei* und den Stadtpräsidenten Walther Bringolf.

Ein weiteres Ereignis war dazu angetan, auch den Hauptredaktor der *Arbeiter-Zeitung*, Georg Leu, zu brüskieren. Hans Zopfi hatte in Carlo Daeschle einen Lokalredaktor aus der Zeit der rot-

⁸⁷ SN 15.11.1940.

⁸⁸ Korrespondenz im *Vaterland*, Abdruck in AZ 14.11.1942.

grünen Allianz übernommen, der durch seine gleichzeitige Mitarbeit am *Schaffhauser Bauern* und der *Arbeiter-Zeitung* eine inoffizielle Nachrichtenverbindung zwischen der *Bauernpartei* und der Arbeiterpartei herstellte. Diese Zuträgerrolle erhielt durch die neue Parteienkonstellation die Bedeutung einer unerwünschten politischen Spionage. Carlo Daeschle wurde von Hans Zopfi vor die Wahl gestellt, entweder weiterhin am *Schaffhauser Bauern* mitzuarbeiten und die Belieferung der *Arbeiter-Zeitung* einzustellen oder umgekehrt. Carlo Daeschle entschied sich gegen Zopfi und arbeitete von diesem Zeitpunkt an politisch gegen ihn⁸⁹. Die *Sozialistische Arbeiterpartei*, die während der Ära Schmid-Amman starken Einfluss auf die *Bauernpartei* genommen hatte, ging damit einer wichtigen Informationsquelle verlustig. Der Abbruch dieser Beziehungen festigte aber auch Zopfis Stellung innerhalb der *Bauernpartei* nicht, weil die Parteileitung nicht gewillt war, sich ebenso klar von den Sozialisten zu distanzieren.

Doch es waren vorerst nicht die innerparteilichen Strömungen, die Hans Zopfis politische Stellung in Schaffhausen ernsthaft erschütterten. Das grosse Politikum, das Redaktor Zopfi zu Fall brachte, war der bereits angetönte Anpasser-Prozess des Jahres 1941.

Anpasser-Prozess

Am 14. Januar 1941 veröffentlichte die *Arbeiter-Zeitung* eine aussenpolitische Meldung über die Widerstände gegen die deutsche Besatzungsmacht in Norwegen. Der Artikel enthielt in einem redaktionellen Nachsatz die Formulierung: *Wie erbärmlich ist es da mit jenen schweizerischen Patentdemokraten bestellt, die sich bereits heute offen oder versteckt «angepasst» haben. Wir denken dabei an unsere Schaffhauser Allerweltskerle Schib, Ebner und Zopfi.* Mit diesen Worten wurden die drei Parteihäupter der bürgerlichen Koalition als geistige Landesverräter apostrophiert und mit dem Norweger Vidkun Quisling (1887—1945) in eine Reihe gestellt, der sich in den Dienst der deutschen Besatzungsmacht hatte nehmen lassen.

Gegen diese Anschuldigung setzten sich die namentlich genannten Politiker zu Wehr. Nachdem ein Schlichtungsverfahren er-

⁸⁹ Brief von Carlo Daeschle an Emil Seiler, Präsident der Redaktionskommission des *Schaffhauser Bauern*, vom 16.11.1940, Abdruck in *Anpasser-Prozess* 39—40. Brief von Carlo Daeschle an Hans Zopfi, Abdruck in *AZ* 29.5.1941.

gebnislos verlaufen war⁹⁰, klagte Hans Zopfi den verantwortlichen Redaktor der *Arbeiter-Zeitung*, Georg Leu, wegen Ehrverletzung ein. Karl Schib und Josef Ebner klagten ebenfalls, jeder einzeln, so dass drei Gerichtsverfahren nebeneinander geführt werden mussten. Dass sich Georg Leu bei Dr. Ebner für die unpräzise Unterschiebung entschuldigen wollte, nützte nichts mehr⁹¹. Von beiden Seiten wurde der an sich eigentlich recht unbedeutende Ehrverletzungsprozess zu einer hochnotpeinlichen Haupt- und Staatsaktion emporgespielt, wobei es den Bürgerlichen darauf ankam, Redaktor Georg Leu politisch unmöglich zu machen, während die Sozialisten hofften, der bürgerlichen Koalition und ihrem Schriftführer Hans Zopfi das Vertrauen des Volkes zu entziehen. Mit Georg Leu sass insgeheim die ganze *Sozialistische Arbeiterpartei* und ihr unbestrittener Führer Walther Bringolf auf der Anklagebank, und so kam es für diese Prozesspartei darauf an, den Spiess umzudrehen und beweisen zu können, dass die Bürgerlichen tatsächlich den Widerstand gegen die braune Gefahr nicht ernst genug nahmen. Als Verteidiger von Georg Leu wurde daher der bekannte sozialistische St. Galler Rechtsanwalt und Nationalrat Johannes Huber aufgeboten, der am 21. April 1941 vor dem Schaffhauser Bezirksrichter erschien. Karl Schib und Hans Zopfi wurden durch Schaffhauser Anwälte vertreten, der Jurist Dr. Josef Ebner führte seine Anklage selbst. Alle drei Kläger plädierten auf Verurteilung wegen Verleumdung, eventuell wegen Beschimpfung. Auf alle drei Anklagen musste Johannes Huber getrennt antworten. Sowohl Johannes Huber in seiner weitschweifigen Verteidigung wie auch Hans Zopfi in seinem eigensinnig-markigen Schlusswort liessen sich die Gelegenheit nicht entgehen, aus dem Gerichtssaal eine politische Bühne zu machen, indem sie sich in persönlichen Anrempelungen gefielen. Am 15. Mai wurde den Prozessparteien das Urteil schriftlich überliefert. Georg Leu wurde wegen Verleumdung dreifach verurteilt. In den Fällen Schib und Ebner wurde der Redaktor der *Arbeiter-Zeitung* zu je 5 Tagen Gefängnis zweiten Grades verurteilt, im Fall Zopfi zu einer Geldstrafe von 100 Franken. Der Angeklagte Leu hatte an die drei Kläger je 30 Franken Genugtuung und eine Prozessentschädigung von 200 Franken zu bezahlen (an Ebner 150 Franken) und wurde zur Uebernahme der Verfahrenskosten und zur Publikation des Urteils in den vier Schaffhauser

⁹⁰ SB 22.4.1941.

⁹¹ SB 22.4.1941. Zum Verlauf des Gerichtsverfahrens vgl. Zopfi 152—158 und Anpasser-Prozess 11—51.

Tageszeitungen verpflichtet. Die mildere Strafzumessung im Verfahren Zopfi gegen Leu begründete Bezirksrichter Dr. Hans Tanner folgendermassen:

Da die mitunter vehemente, die Gefühle Andersdenkender nicht im geringsten schonende Schreibweise, die auch gelegentlich vor starken Uebertreibungen und Geschmacklosigkeiten nicht Halt macht, den politischen Gegner zu heftigen Reaktionen herausfordert, erscheint das Verschulden des Angeklagten nicht ganz so schwer wie in den beiden andern Fällen⁹².

Gegen das bezirksgerichtliche Urteil appellierte Georg Leu ans Obergericht, das sich nun ebenfalls mit dem Ehrverletzungsfall auseinandersetzen hatte.

Am 10. Oktober 1941 begannen die Verhandlungen vor dem Obergericht, das sich aus Obergerichtspräsident Dr. Heinrich Pletscher, Dr. Ernst Mettler, Dr. Eugen Isele, Hermann Schlatter und Hermann Uehlinger zusammensetzte. Auch die Verhandlungen vor der zweiten Instanz wurden von vorbereitenden und kommentierenden Pressemeldungen begleitet, wobei sich besonders die *Arbeiter-Zeitung* hervortat, die während einiger Tage mit der fetten Schlagzeile: *Der «Anpasser»-Prozess vor dem Obergericht* erschien und die Reden zum Teil wörtlich abdruckte⁹³. Am 28. Oktober wurde das zweitinstanzliche Urteil schriftlich eröffnet. Das Obergericht kam zum Schluss, dass die Berufung teilweise begründet erfolgt war, und erkannte lediglich auf Beschimpfung statt Verleumdung. Sie hob das Urteil des Bezirksgerichtes teilweise auf, verurteilte Georg Leu zu einer Gesamtbusse von 300 Franken, die in 50 Tage Gefängnis verwandelt werden konnten für den Fall, dass der Angeklagte die Busse nicht bezahlen konnte. Unverändert blieb das erstinstanzliche Urteil bezüglich Genugtuungssumme und Veröffentlichung des Urteils. Die durch den Angeklagten zu bezahlenden Verfahrenskosten waren auf 425 Franken, die Prozessentschädigungen an die Kläger auf je 350 Franken (an Ebner 250 Franken) angewachsen. Durch dieses Urteil profitierten sowohl Georg Leu wie Hans Zopfi moralisch, der erste, weil er nur wegen Beschimpfung verurteilt wurde, der zweite, weil die erstinstanzlich festgestellte Verletzung der journalistischen Sorgfaltspflicht durch die Gleichstellung mit den Mitklägern nichtig wurde.

⁹² Anpasser-Prozess 37.

⁹³ AZ 11.—14.10.1941, 30.10.1941.

Kampf und Resignation

Zum eigentlichen Verlierer des Anpasser-Prozesses wurde dennoch Hans Zopfi, der den Prozess nur juristisch gewann, politisch aber verlor. Johannes Huber hatte als Verteidiger zahlreiche Zitate aus dem *Schaffhauser Bauern* vorgelegt, die bei der Vernachlässigung des logischen Zusammenhangs und bei ungenauem Lesen tatsächlich den Eindruck erweckten, Zopfi sei ein national unzuverlässiger Redaktor. Die *Sozialistische Arbeiterpartei* schlug aus dem Prozess politisches Kapital, indem sie die anklagenden Sätze Hubers und Zopfis Zitate immer wieder abdruckte und schliesslich eine Broschüre *Der Schaffhauser Anpasser-Prozess* mit Dokumenten herausgab, deren Erlös zur finanziellen Unterstützung des angeklagten Redaktors Georg Leu verwendet wurde. Die Linke liess keine Gelegenheit mehr aus, Hans Zopfi zu diffamieren, was bei seiner eigenwilligen und impulsiven Art leicht möglich war. Seine Stellung war erschüttert, weil weder die bürgerlichen Parteien ihm den Rücken stärkten noch die *Bauernpartei* geschlossen hinter ihm stand. In der *Bauernpartei* stiess er durch seine Artikel und den Anpasser-Prozess den linken Flügel mit Walter Marbach und Christian Bächtold so vor den Kopf, dass eine Verständigung letztlich unmöglich war. Diese Kräfte, die im Parteivorstand das Uebergewicht erhielten, setzten seine Kündigung auf Ende Juni 1942 durch. Doch der Parteivorstand war nicht allein zuständig. Die Delegiertenversammlung der *Schaffhauser Bauernpartei* vom 19. April in Neunkirch musste Stellung nehmen zu diesen innerparteilichen Differenzen⁹⁴.

Für die politische Kommission, das heisst den Parteivorstand, referierte Vizepräsident Christian Bächtold. Er führte aus, dass sich Redaktor Zopfi durch seine Haltung in einen Gegensatz zur Leserschaft gebracht und das Parteiprogramm vernachlässigt habe. Obwohl es unbestritten sei, dass Zopfi die Interessen der Bauern vertreten habe, sei die Kündigung vorsorglich ausgesprochen worden. Bächtold beantragte der Delegiertenversammlung, diese Kündigung zu bestätigen. Hans Zopfi verteidigte seine autoritäre Haltung, die weder unschweizerisch noch undemokratisch sei, sondern darauf ausgehe, fähige Männer an der Spitze des Staates zu haben und diese mit den notwendigen Handlungsvollmachten auszustatten. Er bestritt seine anfänglichen Sympathien für die *Nationale Front* nicht, hielt aber fest, dass er sich bald zurückgezogen habe

⁹⁴ Versammlungsbericht in SB 21.4.1942.

wie zahlreiche andere Bürgerliche auch. Die Hetze gegen ihn gehe nicht auf die frontistische Vergangenheit zurück, sondern auf den Wahlherbst 1940 und die Misserfolge der Linken. In der folgenden Diskussion unterstützte Walter Marbach Christian Bächtolds Antrag auf Kündigung, Kantonsrat Hans Gysel (Wilchingen) setzte sich dagegen für Hans Zopfi ein, weil er weder eine neue Parteiswenkung nach links wünschte noch sich der fühlbaren Einmischung von ausserhalb der *Bauernpartei* beugen wollte. Er stellte daher den Gegenantrag, die Kündigung nicht gutzuheissen. In geheimer Abstimmung wurde der Entscheid der 97 anwesenden Delegierten ermittelt, die mit 48 gegen 42 Stimmen die Kündigung aufhoben. Auf den Entscheid der *Schaffhauser Bauernpartei* war man auch anderorts gespannt. Die Schweizerische Depeschagentur verbreitete noch am gleichen Tag eine Kurzmeldung über die Verhandlungen des Neunkircher Parteitages. Die *Arbeiter-Zeitung* interpretierte in einem Leitartikel mit der Ueberschrift *Hans Zopfi erhält eine Gnadenfrist* den Antrag Gysel dahin, Zopfi habe nur eine Bewährungsfrist erhalten⁹⁵.

Hans Zopfis Gegner innerhalb und ausserhalb der *Bauernpartei* ruhten nicht und agitierten weiter. Eine Konferenz aller Sektionspräsidenten der Bauernpartei beschloss am 21. September 1942 mit 28 gegen 2 Stimmen, dem Bauernsekretär das Ultimatum zu stellen, entweder vor dem nächsten Parteitag freiwillig zurückzutreten oder sich abermals einer Diskussion vor den Delegierten auszusetzen⁹⁶. Am Tag darauf erklärte Hans Zopfi dem Vorstand seinen Rücktritt und rückte diese Meldung am 26. September 1942 im *Schaffhauser Bauern* ein. Es war der Samstag vor dem Parteitag, der über Zopfis Schicksal entschieden hätte. Der freiwillige Rückzug erschien dem resoluten Bauernsekretär das kleinere Uebel gegenüber einer formellen Wegwahl, die ihm bei einer neuen Anstellung hinderlich sein konnte. Hans Zopfi versah sein Amt als Redaktor des *Schaffhauser Bauern* bis Ende 1942 und verliess dann als zweiter Glarner nach Jakob Hefti politisch geschlagen den Kanton Schaffhausen. Er wich aus dem Einzugsgebiet der Bringolf-Partei, gegen die er ohne Unterstützung der Bauernpartei nicht weiter ankämpfen konnte. Dass es aber letztlich nicht die *Bauernpartei*, sondern deren öffentliche und heimliche Beeinflussung durch die *Arbeiter-Zeitung* und die *Sozialistische Arbeiterpartei* war, die den Weggang Zopfis bewirkt hatte, gaben die Sozialisten

⁹⁵ AZ 21.4.1942.

⁹⁶ AZ 30.9.1942.

im Wahlherbst 1944 selber zu, indem sie in der Wahlpropaganda schrieben: *Zopfi ist inzwischen durch uns Sozialisten ruhmlos versenkt worden. Wir sorgten dafür, dass dieser 18karätige Anhänger des Nationalsozialismus entlarvt und verjagt wurde*⁹⁷. Hans Zopfi rächte sich an seinem politischen Gegner Walther Bringolf mit einem Sonderkapitel in seinen Memoiren, das an Deutlichkeit nichts zu wünschen übriglässt⁹⁸. Und wie alle schriftlichen Erzeugnisse Zopfis enthält auch diese Polemik einige Körnchen einsichtiger Wahrheit über seinen erfolgreicherer Widersacher.

Die Aera Zopfi in der Rückschau

Wie ist die Aera Zopfi eine Generation später zu beurteilen? Knappe zwei Jahre dauerte sie nur, und doch ist sie einer der interessantesten Abschnitte der *Schaffhauser Bauernpartei*. Voll und ganz zeigte sich Hans Zopfi den journalistischen und administrativen Anforderungen des Schaffhauser Bauernsekretariats gewachsen. Das Bauernorgan profitierte von der vielfältigen redaktionellen Praxis und dem aussen- und innenpolitischen Wissen seines Schriftleiters, der publikumswirksam und temperamentvoll zu schreiben verstand. Doch Zopfis Sozialistenhass und sein politisches Engagement mussten ihn in Schaffhausen, wo eben erst die Frontisten mundtot gemacht wurden, in eine Isolation hineinführen, aus der nur ein langfristiger Kampf oder die Resignation herausführte. Dadurch, dass Zopfi sich und den politischen Gegnern eine weitere Auseinandersetzung ersparte, erntete er weder Dank noch Achtung und wurde deswegen auch in nicht etwa schonungsvoller Art behandelt, im Gegenteil. Die politischen Ereignisse im und nach dem Weltkrieg taten das Ihre, eine Person wie den rechtsbürgerlichen Bauernsekretär Zopfi noch nachträglich mit allerlei nationalsozialistischen Ausflüssen moralisch zu belasten, und eine Zeitlang hätte man es nicht ungern gesehen, wenn die Aera Zopfi in Schaffhausen vergessen worden wäre. Hans Zopfis Schaffhauser Jahre waren für ihn selbst mehr als ein Intermezzo, weil er sich als politischer Gegenspieler von Walther Bringolf verstand, Zopfis Tragik war, dass er sich schliesslich Bringolf gegenüber doch nicht gewachsen zeigte. Seine Memoiren, im üblichen Rechtfertigungston dieser Literaturgattung geschrieben, weisen Zopfi als eigen-

⁹⁷ 1940—1944, *Wie war es damals, wie ist es heute* [SAP-Wahlbroschüre 1940] (Stadtbibliothek WN 116).

⁹⁸ Zopfi 160—178.

ständige, originelle Persönlichkeit aus, die ausgestattet war mit einer raschen Auffassungsgabe und dem Willen zum politischen Kampf. Diese schriftlichen Erinnerungen machen in ihrer journalistischen Nonchalance auch nicht halt vor amüsanten Skandalchen, historischen Unrichtigkeiten und einseitiger politischer Gewichtung. Doch enthalten sie daneben Materialien, Einsichten und Persönlichkeitsschilderungen, an welchen eine Schaffhauser Geschichte des 20. Jahrhunderts nicht achtlos vorbeigehen kann.

Von Paul Schmid-Ammann kann man sagen, dass er seine politische Karriere in Schaffhausen begonnen hat. Für Hans Zopfi trifft das Gegenteil zu. Nach einigen Jahren Tätigkeit in der Eidgenössischen Preiskontrollstelle kehrte Zopfi zwar noch einmal zur Politik und zum Journalismus zurück. Von 1946 bis 1948 war er Redaktor der *Neuen Politik*, einer Schrift, die eine ähnliche Haltung vertrat wie früher der «Volksbund für die Unabhängigkeit der Schweiz». Durch Dr. James Schwarzenbach verdrängt, verliess Zopfi Ende 1948 das Blatt. Er geriet dadurch in eine fatale wirtschaftliche Lage, aus der er sich durch journalistische Gelegenheitsarbeiten zu befreien suchte. Eine Frucht dieser von finanziellen Sorgen umschatteten letzten Lebensjahre ist der zweite Band seiner Memoiren, den er am 20. November 1954 abschloss. Er bereicherte damit die Schaffhauser Zeitgeschichte um einige trefflich geschilderte Momentaufnahmen⁹⁹.

Der Mittelweg (1943—1956)

Innerparteiliche Situation

Die Situation der *Schaffhauser Bauernpartei* war in den Jahren nach der rot-grünen Allianz von Paul Schmid-Ammann und dem Rechtskurs von Hans Zopfi alles andere als erfreulich. Zwar hatte sich eine formelle Spaltung der Partei immer vermeiden lassen, doch standen sich die Repräsentanten eines sozialistischen Linkskurses und eines nationalen Rechtskurses diametral gegenüber. Die Einflussgebiete der beiden Strömungen lassen sich geographisch ziemlich genau ziehen. Der ganze Reiat und die Region Schleithem—Beggingen waren jungbäuerlich orientiert und hatten den agrarsozialistischen Kurs von Schmid-Ammann unterstützt. Diese Gebiete zeichnen sich durch kleinbäuerliche Betriebe auf wenig ertragreichem Boden aus, der teilweise auf den steinig

⁹⁹ Zopfi 60—100, 138—140, 152—165.

hochflächen liegt. Die Klettgaugemeinden beherbergen dagegen mit ihren weiten, fruchtbaren Ebenen und den bekannten Weinbaugebieten von Hallau, Wilchingen, Osterfingen und am Südhang des Randens behäbigere Mittelbauernhöfe. Ihre Landwirte vertraten aufgrund ihrer besseren Ertragsverhältnisse ein selbstbewusstes Bauerntum, das auf Konzessionen gegenüber sozialistischen Forderungen weitgehend verzichten konnte. In diesen Regionen hatte der nationale, autoritäre und militärfreundliche Kurs Zopfis Erfolg, besonders während des Weltkrieges, als sich die Stadtbewohner wieder vermehrt auf ihre natürlichen Versorgungsgebiete besinnen mussten. Hans Zopfi hatte darum seine Hausmacht im Klettgau, besonders in Wilchingen¹⁰⁰. Auch der obere Kantonsteil mit Stein am Rhein und Ramsen war eher rechtsbäuerlich orientiert. Die ebenfalls abgetrennte Region Buchberg-Rüdlingen nahm dagegen kaum Stellung zum Parteikurs.

Die Verhältnisse der Bauernpartei der Stadt Schaffhausen wurden weniger von der Bauernschaft bestimmt als vielmehr durch das Wohlwollen der bürgerlichen Parteien. Mit ihrer Hilfe wurde am 24. November 1929 der Vertreter der *Bauern- und Bürgerpartei*, Martin Stamm, in den Stadtrat gewählt, obwohl seine Partei sonst nur mit einem Stimmenanteil von 3 bis 6 Prozent rechnen konnte¹⁰¹. Die städtische Mittelschicht, die Gewerbe- und Angestelltenkreise wählten normalerweise nicht bäuerlich, sondern freisinnig. Martin Stamm gelang es, als verdienter Pädagoge und Mitglied verschiedener Vereine diese Wählerschichten für sich zu gewinnen. Seine Popularität erreichte er nicht zuletzt als «Munotvater», eine für die bürgerliche Schaffhauser Gesellschaft wesentliche Schlüsselposition. Seine Wiederwahlen sicherte er sich durch seine unbestrittenen Verdienste als solider Finanzsachverständiger und Gewerbevertreter, und indem er sich durch ruhige und zurückhaltende Amtstätigkeit auszeichnete¹⁰².

In der kantonalen Exekutive sass als ruhender Pol der Bauernpartei Regierungsrat Ernst Lieb, der sich bei den politischen Kurschwankungen ausgleichend im Hintergrund hielt, um sich dafür durch Sachkunde und zielgerichtete Verwaltungsarbeit zum eigentlichen «starken Mann» der Regierung zu entwickeln. Von 1931 bis 1935 betreute er die Polizei- und Sanitätsdirektion, dann wechselte er auf die Bau- und Forstdirektion über. Als zweiter Bauern-

¹⁰⁰ Mitteilung Kurt Waldvogel 21.6.1971.

¹⁰¹ SI 25.11.1929.

¹⁰² Nachruf in SN 4.2.1971,15; 11.2.1971,9.

vertreter im Regierungsrat amtierte Traugott Wanner, dessen Hauptverdienst in der Durchführung der Güterzusammenlegungen im Kanton Schaffhausen liegt. Er vereinheitlichte das Rechnungswesen der Gemeinden, leitete die Kriegsfürsorge und führte den landwirtschaftlichen Mehranbau in den Kriegsjahren ein. Politisch stand er am rechten Flügel der Partei und galt als urkonservativ oder sogar reaktionär¹⁰³. 1948 trat er beim Erreichen der Altersgrenze zurück, da sich eine Zuckerkrankheit bemerkbar machte. Sein Nachfolger wurde Karl Waldvogel von Neunkirch, der bisherige bäuerliche Fraktionspräsident im Kantonsrat. Noch als Kantonsrat hatte Karl Waldvogel im Herbst 1944 das Präsidium der kantonalen *Bauernpartei* übernommen, nachdem Emil Seiler bei der Bombardierung Schaffhausens am 1. April 1944 ums Leben gekommen war. Er führte zusammen mit dem neugewählten Bauernsekretär die *Bauernpartei* auf einen mittleren Kurs zurück. Waldvogel gelangte 1944 auch in die «Staatswirtschaftliche Kommission», die als Sprungbrett für die Wahl in die Exekutive gilt. Als Regierungsrat beendete er die Güterzusammenlegungen im Unterklettgau und teilweise auf dem Reiat, schuf das Rebgesetz sowie das Gesetz für die Bekämpfung der Rindertuberkulose und bereitete ein kantonales Bodenrecht vor¹⁰⁴.

Beitritt zur schweizerischen BGB

Die *Schaffhauser Bauernpartei* hatte 1943 das Glück, in Dr. phil. Oskar Weibel einen gebildeten und diplomatischen Bauernsekretär zu finden, der es vortrefflich verstand, die verschiedenen Ansichten und Strömungen aufzufangen und für eine Parteilinie zwischen den Extremen fruchtbar zu machen. Weibel hatte in Bern und Berlin deutsche Sprache und Literatur, Geschichte und Nationalökonomie studiert und von 1928 an als Sekretär der bernischen *Bauern-, Gewerbe- und Bürgerpartei* in der Redaktion der *Neuen Berner Zeitung* mitgearbeitet¹⁰⁵. Nach einigen Jahren Redaktionstätigkeit am *Thuner Geschäftsblatt* wurde er nach Schaffhausen berufen. Vermutlich wurde Oskar Weibel von Bern aus empfohlen, weil er zum Ausgleich der Schaffhauser Gegensätze genau das richtige Fingerspitzengefühl hatte¹⁰⁶. Als Redaktor des

¹⁰³ Bote 23.9.1958.

¹⁰⁴ SB 12.9.1955.

¹⁰⁵ SB 4.—7.7.1956.

¹⁰⁶ Mitteilung Kurt Waldvogel 21.6.1971.

Schaffhauser Bauern zeichnete Weibel vom 12. Januar 1943 an bis zu seinem Tod im Juli 1956.

Bereits an der kantonalen Delegiertenversammlung vom 4. Juli 1943 stand der Beitritt der *Schaffhauser Bauernpartei* zur *Bauern-, Gewerbe- und Bürgerpartei der Schweiz* wieder zur Diskussion, was ohne zielsichere Arbeit des neuen Bauernsekretärs undenkbar gewesen wäre¹⁰⁷. Anders als 1937 zeigte diesmal die *Bauernpartei* eine auffällige Geschlossenheit. Walter Marbach sprach in einer längeren Rede für den Beitritt, wobei er die Teilnahme an der Richtlinienbewegung als ein überwundenes Experiment bezeichnete, das nicht geschadet habe. Auch Robert Keller, Hans Gysel und Ernst Lieb sprachen für den Beitritt. Nur Christian Bächtold aus Schleithem, der Parteigründer, wehrte sich energisch für eine unabhängige Schaffhauser Parteiorganisation. Für den Fall des Beitritts zur schweizerischen *Bauern-, Gewerbe- und Bürgerpartei* sah er die Eigenständigkeit in Gefahr. Die Delegierten waren offensichtlich durch die politischen Pendelausschläge nach links und rechts etwas ernüchtert und urteilten sachbezogen. Sie begrüßten die Eingliederung in den schweizerischen Parteiverband als Garantie gegen Extremisten. Walter Marbach war es, der an der Versammlung bemerkte, die *Schaffhauser Bauernpartei* müsse in Zukunft ihren Weg gerader und vernünftiger gehen, *als gelegentlich ein Feuerkopf und Draufgänger von Bauernsekretär gewollt hat*. Mit 54 gegen 7 Stimmen beschlossen die Delegierten darauf den Beitritt zur *Bauern-, Gewerbe- und Bürgerpartei der Schweiz*.

Wahlen

Die folgenden Jahre bestätigten, dass in der *Bauernpartei* und der Schaffhauser Landschaft die politische Ruhe wieder eingekehrt war. Zwar konnte die Partei das verlorene Nationalratsmandat auch in der Wahl vom 31. Oktober 1943 mit ihrem Kandidaten Ernst Lieb nicht zurückerobern¹⁰⁸, doch wurden die beiden Bauernregierungsräte ein Jahr später wieder mit den höchsten Stimmzahlen bestätigt¹⁰⁹. 1947 gelang es weder Stadtrat Martin Stamm noch Landwirtschaftslehrer Walter Marbach, in den Nationalrat zu gelangen¹¹⁰. Es war das letzte Mal, dass die *Bauernpartei* bei den

¹⁰⁷ Versammlungsbericht in SB 6.7.1943.

¹⁰⁸ Amtsblatt 1943,1356—1359.

¹⁰⁹ Amtsblatt 1944,1172—1173.

¹¹⁰ Amtsblatt 1947,1189—1193.

Nationalratswahlen Kandidaten portierte. Sie begnügte sich in der Folge mit dem Ständeratssitz, der seit 1928 vom Steiner Stadtpräsidenten Johannes Winzeler verwaltet wurde. Das Mandat wurde am 26. Oktober 1947 an Regierungsrat Ernst Lieb übertragen, wobei sich die *Bauernpartei* in dieser Volkswahl gegen den Sozialisten Theo Wanner zu erwehren hatte, der in den Industriezentren Schaffhausen und Neuhausen am meisten Stimmen erhielt¹¹¹. Sieben Monate zuvor, am 23. März 1947, waren die bürgerlichen Wähler aus der bürgerlichen Koalition ausgesichert, um beim Rücktritt von Kurt Schoch einem zweiten Sozialdemokraten den Eintritt in die Regierung zu ermöglichen. Der gewählte Vertreter der *Sozialistischen Arbeiterpartei* war damals Theo Wanner¹¹². Geradezu umworben wurden die Bauern anlässlich der Regierungsratswahlen von 1948. Es ergab sich das seltene Phänomen, dass die Kandidaten der *Bauernpartei*, Ernst Lieb und Karl Waldvogel, bei den Regierungsratswahlen sowohl von der «Bürgerlichen Einigung» als auch von der *Sozialistischen Arbeiterpartei* unterstützt wurden. Die Regierungsräte der *Bauernpartei* erzielten Rekordstimmenzahlen, was beweist, dass ihre Mittelstellung sowohl rechts wie links geschätzt wurde.

Rheinaukraftwerk und Regierungsratswahlen 1952

Vier Jahre später erlebte die *Bauernpartei* und ihr Hauptexponent, Regierungsrat Ernst Lieb, einen Generalangriff, der sich allerdings nicht aus der Parteipolitik, sondern aus einem Sachgeschäft ergab. Stein des Anstosses war der geplante Kraftwerkbau der «Nordostschweizerischen Kraftwerke» (NOK), welchen der Kanton Schaffhausen angehört. Als für ein Flusskraftwerk günstige Stelle wurde die Rheinbiegung oberhalb des Klosters Rheinau gewählt. Ueber dem Schaffhauser Baudirektor Lieb, der als Delegierter des Kantons im Verwaltungsrat der NOK sass, entlud sich ein wahrer Volkszorn, den die Vertreter des Heimatschutzes im Kanton und in der ganzen Schweiz entfachten, um die idyllische Stromlandschaft mit dem ehrwürdigen Kloster zu schützen. Die Oppositionsbewegung nahm ihren Ausgangspunkt von den *Schaffhauser Nachrichten*, die das Kraftwerkprojekt am 22. Januar 1951 als eine «Kulturschande» bezeichneten. Sofort meldeten sich bekannte Persönlichkeiten wie alt Nationalrat Heinrich Sigerist-

¹¹¹ Amtsblatt 1947,1188.

Schalch, Spitaldirektor Armin Billeter, Gaswerkdirektor Willi Schudel und Forstmeister Arthur Uehlinger als Gegner des Kraftwerkbaues und stellten sich an die Spitze eines «Ueberparteilichen Komitees zum Schutze der Stromlandschaft Rheinfall—Rheinau». Die Heimatschutzpropaganda gegen den massiven Eingriff in die unberührte Landschaft verfehlte ihre Wirkung nicht. In einigen Grosskundgebungen drückten Tausende von Teilnehmern das Missfallen weiter Kreise gegen die Absicht des Regierungsrates aus, der in seiner Haltung fest blieb. Diese Rheinaubewegung mündete in die Regierungsratswahlen von 1952.

Ausser den historischen Parteien machten sich im Herbst 1952 zwei Vereinigungen bemerkbar, die in das Wahlgesehen eingriffen. Der «Verein für die demokratische Erneuerung des Regierungsrates», geführt von Kaufmann Hans Blum (Neuhausen) und Rechtsanwalt Gerold Meier (Schaffhausen), hatte ursprünglich beabsichtigt, den fünf bisherigen Regierungsräten fünf neue Kandidaten gegenüberzustellen. In spektakulären Volksversammlungen auf dem Herrenacker betonten die Volksredner des Vereins den offenkundigen Gegensatz zwischen Volk und Behörden, wie er sich in der Rheinauaffäre gezeigt habe¹¹³. Der Verein war schliesslich in der Lage, in Reallehrer Dr. Hans Hübscher und in Charles Benesch zwei neue Regierungsratskandidaten vorzuschlagen und einen dritten, Robert Schärrier von Neuhausen, zu empfehlen. Von einer Gesamterneuerung des Regierungsrates, wie ursprünglich geplant worden war, sprach man nicht mehr, weil sich gezeigt hatte, dass im Kanton Schaffhausen nicht so leicht fünf Regierungsratskandidaten gefunden werden konnten. Dem Verein fehlten sowohl die politische Erfahrung wie der notwendige Parteiapparat und die Finanzquellen, um die Wahlen richtig vorzubereiten. Mit politischem Idealismus hoffte man, den Rahm der Rheinaubewegung abzuschöpfen, und vertraute im übrigen auf die geistige Beweglichkeit des Volkes. Letztlich war es auch einer der Versuche, aus dem starren Parteigefüge auszubrechen und eine wählerkonforme Sachpolitik anzustreben.

Gleichzeitig stiessen in der *Freisinnig-demokratischen Partei* verschiedene Richtungen aufeinander. Für den zurücktretenden Regierungsrat Walther Brühlmann standen sich parteiintern die Kandidaten Dr. Hans Jakob Schudel, Robert Schärrier und Hans Moser gegen-

¹¹² Amtsblatt 1947,422. SB 18.3.1947, 24.3.1947.

¹¹³ Franz Moser-Rich, *Regierungsratswahlen 1952 in Schaffhausen* (Stadtbibliothek WS 46).

über. Schudel hatte sich durch Journalistik bekannt gemacht, Robert Schärrier war vier Jahre zuvor als bürgerlicher Kandidat gegen den sozialistischen Neuhauser Gemeindepräsidenten Ernst Illi aufgetreten. Hans Moser hatte als freisinniger Parteisekretär, Exponent der *Jungliberalen Bewegung* und Redaktionsmitglied bei den *Schaffhauser Nachrichten*, die besten Chancen. Er war 1948 in den Kantonsrat und gleichzeitig in die «Staatswirtschaftliche Kommission» gewählt worden. Die freisinnige Parteiversammlung vom 2. Oktober 1952 hatte die Kandidatenfrage zu entscheiden. Ein Vorschlag von jungliberaler Seite, zwei Kandidaten aufzustellen, wurde mit dem Hinweis abgelehnt, man würde dadurch die bürgerliche Koalition gefährden. Eine Zweierkandidatur wäre als Angriff auf den exponierten Baudirektor Lieb (BP) aufgefasst worden. Der Parteitag entschied sich mit Mehrheit für die Kandidatur Hans Moser.

Mit dieser Nomination konnten sich die Redaktionskollegen Mosers in den *Schaffhauser Nachrichten* nicht abfinden. Sie rückten von ihrem Mitarbeiter ab, die Hauptredaktoren Dr. Kurt Bächtold und Dr. Ernst Uhlmann traten aus der *Freisinnig-demokratischen Partei* aus, und in einer aufsehenerregenden Kampagne bekämpfte das parteinahe Blatt den parteioffiziellen Kandidaten Moser. Als Alternative boten die *Schaffhauser Nachrichten* den dissidenten Freisinnigen Robert Schärrier an. *Es blieb nur noch die Möglichkeit, gegenüber einem Fehlentscheid an die Stimmbürger zu appellieren, die denn auch die nötige Korrektur an der Urne vornahmen*, schreibt Kurt Bächtold in der Geschichte der *Schaffhauser Nachrichten*, und fährt dann fort: *Im tiefsten Grunde ging es weniger um persönliche Fragen als um die geistige Unabhängigkeit der «Schaffhauser Nachrichten»*¹¹⁴. Die sehr persönliche Note des Wahlkampfes spricht eher gegen diese Interpretation, und nicht ganz zu Unrecht führte das Blatt in Anlehnung an eine stadtbekannteste Firma wochenlang im Volksmund die Bezeichnung «Moser Metzger». Aus den Wahlkampfartikeln geht hervor, dass die Redaktoren Bächtold und Uhlmann ihrem Kollegen die Fähigkeit für das Amt eines Regierungsrates absprachen und mit ihrer Meinung nicht zurückhielten. Um Robert Schärrier zum Durchbruch zu verhelfen, gründeten die Kreise um die *Schaffhauser Nachrichten* das «Komitee für die Regierungsratswahlen», das ebenfalls auf positive Einwirkungen der Rheinaubewegung hoffte.

Die historischen Parteien hielten sich an die getroffenen Entschiede und gegenseitigen Wahlabkommen. Die *Bauernpartei* unter-

¹¹⁴ SN 23.12.1961.

stützte die Bisherigen und Hans Moser. Ihre Vertreter wurden sowohl von der bürgerlichen Koalition wie von der *Sozialistischen Arbeiterpartei* unterstützt. Die Bürgerlichen beschränkten sich auf die Unterstützung von Hans Moser, die *Sozialistische Arbeiterpartei* auf ihre Regierungsräte Georg Leu und Theo Wanner. Seit Jahren waren die Verhältnisse nicht mehr derart verwickelt und unüberschaubar gewesen, so dass das Resultat der Wahlen mit Spannung erwartet wurde. Sie ergaben folgendes Bild¹¹⁵:

Karl Waldvogel (BP)	8448	(gewählt)
Theo Wanner (SAP)	8098	(gewählt)
Ernst Lieb (BP)	7357	(gewählt)
Georg Leu (SAP)	6775	(gewählt)
Robert Schärrier (Komitee)	6275	(gewählt)
Hans Hübscher (Verein)	4860	
Hans Moser (FDP)	4507	
Charles Benesch (Verein)	3610	
absolutes Mehr 5123		

Das Ziel des «Vereins für die demokratische Erneuerung des Regierungsrates», nämlich die Wegwahl des unbeugsamen Befürworters des Rheinauwerkes, Ernst Lieb, wurde also nicht erreicht. Das «Komitee für die Regierungsratswahlen» mit ihrem Kandidaten Robert Schärrier dagegen konnte die Stimmung der Rheinaugegner für sich fruchtbar machen. Indem sich Robert Schärrier kurz nach den Wahlen wieder zur *Freisinnig-demokratischen Partei* bekannte, die den neuen Magistraten ohne Grollen über seinen Umweg aufnahm, gab es für die historischen Parteien, welche sich überragend stark erwiesen hatten, keine Komplikationen. Auch die parteipolitische Vertretung im Regierungsrat änderte sich nicht. Das Grossaufgebot an Propaganda und der Eingriff von über- und ausserparteilichen Gruppierungen bewirkte aber immerhin, dass sich die Parteien einer Neubesinnung unterzogen. Die nur noch künstlich aufrechterhaltene «Bürgerliche Einigung» zerbrach, und der künstlich hochgezüchtete Gegensatz zwischen Bürgertum und Sozialdemokratie machte einem Parteienpluralismus Platz. Aus dieser Situation heraus war es möglich, im Jahr 1954 das Majorzverfahren für die Wahl von Kantons- und Stadtparlament aufzuheben und durch die Einführung des Proporztes ein offenes Spiel aller Parteien zu ermöglichen.

¹¹⁵ Amtsblatt 1952,1026—1027.

Parteireorganisation und Machtverlust (1956—1975)

Vom Majorz zum Proporz

1944 startete die *Sozialistische Arbeiterpartei* eine Volksinitiative, welche die Einführung des proportionalen Wahlverfahrens verlangte. Die Initiative, benannt nach ihrem Erstunterzeichner Georg Leu, kam zustande, doch entschloss sich der Regierungsrat, einen Gegenentwurf auszuarbeiten, über den nach kantonalem Wahlgesetz zuerst abgestimmt werden musste. Der regierungsrätliche Entwurf wurde in der Volksabstimmung vom 30. Mai 1948 mit 6566 gegen 5832 Stimmen knapp verworfen¹¹⁶. Nun hätte über die Initiative Leu abgestimmt werden müssen, doch wurde die Volksabstimmung bis nach den Gesamterneuerungswahlen des Herbstes 1952 vertagt.

Seit der Annahme der Kantonsverfassung von 1876 galt der Grundsatz, dass möglichst jede Gemeinde mit mindestens einem Abgeordneten im Kantonsrat vertreten sein müsse. Dementsprechend war praktisch jede Gemeinde ein eigener Wahlkreis. Von diesem Prinzip wurde im Lauf der Jahre nur dann abgewichen, wenn die Bevölkerung einer Gemeinde unter das nötige Quorum sank, das für die Delegation eines Kantonsrates nötig war. In einem solchen Fall wurde die betreffende Gemeinde mit einer Nachbargemeinde zu einem Wahlkreis vereinigt. Bis 1952 hatten auf diese Weise 10 der 36 Schaffhauser Gemeinden keine direkte Vertretung im Kantonsparlament mehr, und eine Gemeinde, Buchthalen, war von der Stadt Schaffhausen eingebürgert worden¹¹⁷. Das industrielle und wirtschaftliche Uebergewicht der Stadt und der Vorortsgemeinde Neuhausen wirkte sich auf diese Weise auch politisch aus. Durch die Ausbildung von Kantonalparteien und die Verbesserung der Verkehrsbedingungen gewann der Gedanke einer Parlamentsvertretung auf der Grundlage parteipolitischer Zugehörigkeit den Vorrang vor dem strengen Wohnortsprinzip.

¹¹⁶ Amtsblatt 1948,522.

¹¹⁷ Keinen eigenen Wahlkreis bildeten 1876 Barzheim [zu Thayngen], Büttenhardt [zu Stetten], Guntmadingen [zu Löhningen], Hofen und Opfertshofen [zu Bibern] (Beilage zum Amtsblatt 1876,83).

1900 wurde Barga zu Merishausen geschlagen (GS³10,1905,135), 1912 Bibern mit Altdorf vereinigt (GS³12,1915,197), 1924 Hemishofen an Stein angeschlossen (GS³14,1927,209). 1944 fiel Buch an Ramsen und Osterfingen an Wilchingen (GS³17,1948,326).

Eine Wahlkreiseinteilung nach Regionen und die Einführung des Proporz waren daher für alle Parteien wünschbar, welche in den kleinen Gemeindewahlkreisen gegenüber der *Bauernpartei* immer in einer Minderheitenstellung blieben. Die *Bauernpartei* dagegen, die auf der Landschaft fast in jeder Ortschaft eine relative Mehrheit der Wähler stellte, konnte von regionalen Wahlkreisen und Proporzahlen nichts profitieren und musste daher im eigenen Interesse eine Neuordnung ablehnen. Unter der Führung von Bauernsekretär Dr. Oskar Weibel nahm sie energisch Stellung gegen die Initiative Leu, über die am 14. Dezember 1952 abgestimmt wurde. Alle andern Parteien mit Ausnahme der *Jungliberalen Bewegung*, welche zwar den Proporz wünschte, aber eine bessere rechtliche Ausgestaltung vorgezogen hätte, stimmten der Initiative Leu zu, die mit 7676 gegen 5242 Stimmen angenommen wurde¹¹⁸. Nur vier Gemeinden, Schaffhausen, Neuhausen, Stein und Thayngen, wiesen annehmende Mehrheiten auf. Alle übrigen Gemeinden lehnten ab. Wenn daher in Abstimmungskommentaren von einer Majorisierung der Landschaft durch die Stadt gesprochen wurde, war das nicht ganz falsch.

Durch das Dekret vom 30. August 1954 wurde der Kanton Schaffhausen in sechs Wahlkreise eingeteilt und ihre Mandatzahlen festgelegt¹¹⁹. Die Stadt Schaffhausen erhielt 37 Kantonsratssitze, Neuhausen am Rheinfall 11, die beiden ausgesprochen landwirtschaftlichen Wahlkreise Klettgau und Reiat 17 beziehungsweise 10 Mandate. Der Wahlkreis Stein am Rhein, welcher den ganzen oberen Kantonsteil umfasste, erhielt 6 Sitze, der untere Kantonsteil Buchberg-Rüdlingen 1 Einzelmandat. Dieses Wahlkreissystem stimmt nicht überein mit den Gerichtsbezirken, welchen bis zur Justizreform Ende der zwanziger Jahre durch die Bezirksgerichtswahlen eine grössere politische Bedeutung zukam. Das inzwischen gering gewordene Interesse an den rein juristischen Wahlen führte dazu, dass diese seit 1957 meistens als «stille Wahlen» ohne Volksabstimmung durchgeführt werden, wenn nicht mehr als ein Bewerber pro Amt vorhanden ist¹²⁰.

Wählerverluste

Die Parteien hatten nach der Abstimmung vier Jahre Zeit, sich bis zu den Gesamterneuerungswahlen von 1956 den veränderten

¹¹⁸ Amtsblatt 1952,1334.

¹¹⁹ GS³19,1962,25.

¹²⁰ GS³19,1962,183—185.

Verhältnissen anzupassen. Besonders stark wurde die *Bauernpartei* tangiert, welche sich bisher auf den Gemeindesektionen des Kantonalen Landwirtschaftlichen Vereins aufgebaut hatte und nun gezwungen war, die ganze Parteistruktur zu reorganisieren. Dr. Oskar Weibel als Bauern- und Parteisekretär entwarf unter Assistenz von Kurt Waldvogel neue Parteistatuten, die vorsahen, die 32 Gemeindesektionen in 6 Kreisparteien entsprechend den neuen Wahlkreisen zusammenzufassen. Um auch die nichtbäuerlichen Mittelschichten der Partei zuzuführen, sollte die *Schaffhauser Bauernpartei* mit der Reorganisation in *Bauern-, Gewerbe- und Bürgerpartei* umbenannt werden, womit die Verbindung mit der schweizerischen Landespartei auch äusserlich sichtbar wurde. Die Verbindung zu den Sektionen des Landwirtschaftlichen Vereins wurde dagegen gelockert.

Mitten in diesen Vorarbeiten starb im Juli 1956 überraschend Dr. Oskar Weibel, wenige Monate vor den entscheidenden Wahlen. Mit ihm verlor die *Bauernpartei* ihren eigentlichen Organisator in einer äusserst bedeutungsvollen Phase. Als umsichtiger Redaktor und stiller Wahlmacher, der sich nie aufgedrängt hatte und immer zur Verfügung stand, war Oskar Weibel unentbehrlich geworden. Für einige Tage war völlig unklar, wie von nun an der *Schaffhauser Bauer* redigiert werden sollte und wie die begonnene Strukturreform fortzusetzen sei. Die Lösung wurde schliesslich darin gefunden, dass Kurt Waldvogel, der Sohn des knapp ein Jahr zuvor verstorbenen Regierungsrates Karl Waldvogel, die Tätigkeit von Oskar Weibel interimistisch fortführte¹²¹. Dass es sich dabei nur um eine Uebergangslösung handeln konnte, war von allem Anfang an klar. Der *Schaffhauser Bauer*, der vom 1. Oktober 1947 an von einer Pressegenossenschaft herausgegeben und nicht mehr bei Karl Augustin in Thayngen, sondern bei Joos-Scherrer & Co., später bei Erwin Scherrer in Schaffhausen gedruckt wurde, steckte in einer finanziellen Krise¹²². Eine Neuordnung der Verhältnisse des bäuerlichen Parteiorgans drängte sich gebieterisch auf, doch mussten die Kräfte vorerst auf die Herbstwahlen von 1956 konzentriert werden.

Wie befürchtet, verlor die *Bauern-, Gewerbe- und Bürgerpartei* am 4. November 1956 ihre beherrschende Stellung in der Schaffhauser Landschaft. Von ihren 26 Parteimandaten gingen 8 an die *Sozialistische Arbeiterpartei* verloren, welche von diesem Moment an die stärkste Kantonalpartei war und die grösste Kan-

¹²¹ Mitteilung Kurt Waldvogel 21.6.1971.

¹²² SB 30.3.1957.

tonsratsfraktion stellte¹²³. Es war in der kurzen Zeit der Umorganisation nicht gelungen, weitere Wählerschichten in die ehemalige *Bauernpartei* zu integrieren. Die nichtbäuerlichen Landbewohner konnten sich offenbar kaum mit der Mittelstandspartei identifizieren, und die Bauernschaft als Kern der alten Partei schmolz ständig weiter zusammen. Für die bisher beherrschende Partei der Schaffhauser Landschaft begann eine neue Epoche, in der sie ihre Rolle erst noch finden musste.

Das Schaffhauserland

Ein schwerwiegender Entscheid für die *Bauern-, Gewerbe- und Bürgerpartei* im Frühjahr 1957 war die Aufgabe des *Schaffhauser Bauern*, der seit 1919 als Tagblatt erschienen war, nun aber bei einem Defizit von über 40 000 Fr. pro Jahr nicht mehr gehalten werden konnte¹²³. Auf den 1. April 1957 wurden die *Klettgauer Zeitung* und der *Schaffhauser Bauer* zusammengelegt, wobei das Organ der Bauernpartei in *Schaffhauserland* umbenannt und als Kopfblatt herausgegeben wurde¹²⁵. Die *Klettgauer Zeitung* und das *Schaffhauserland* erschienen nun viermal wöchentlich in der Hallauer Buchdruckerei der Kollektivgesellschaft Grüninger, Auer & Co. Auch die Redaktionsbesetzung wurde neu geordnet. Im Sinn der *Bauern-, Gewerbe- und Bürgerpartei* führten Fritz Grüninger senior und Hans Grüninger die Redaktion beider Blätter, die inhaltlich genau übereinstimmen. Als verantwortliche Redaktoren zeichneten zwar je ungefähr ein Jahr die Schaffhauser Bauernsekretäre, zuerst Fritz Friedli, später Carlo Sacchetto¹²⁶, doch war die Situation unbefriedigend, weil sie sich zuwenig um die Ausgestaltung des Blattes kümmern konnten. Seit 1968 ist der Parteisekretär nicht mehr zeichnender Redaktor, doch stellt er die Verbindung mit der Partei als ständiger Mitarbeiter her.

Wechsel der Exponenten

Im städtischen Wahlkreis, der von jeher für die *Bauernpartei* ein steiniger Boden war, verlor die *Bauern-, Gewerbe- und Bürgerpartei* Ende 1960 ihren Sitz im kleinen Stadtrat, als Martin Stamm

¹²³ Amtsblatt 1956,1404—1428. Vgl. S. 481.

¹²⁴ Mitteilung Kurt Waldvogel 21.6.1971.

¹²⁵ KZ/SL 1.4.1957, 28.12.1967.

¹²⁶ Mitteilung Kurt Waldvogel 21.6.1971. Mitteilung Fritz Grüninger senior 29.7.1972.

seinen Rücktritt nahm. In der Erneuerungswahl vom 27. November 1960 nahm zwar die städtische BGB mit ihrem Kandidaten Hans Mäder, Steuerkommissär, teil, der die Unterstützung des Landेरings erhielt, doch da sich die Freisinnigen, Katholiken und Evangelischen auf eigene Kandidaturen beschränkten, vermochte die BGB nicht durchzudringen¹²⁷. Auch ein aufsehenerregendes Wahlflugblatt von Fritz Friedli zugunsten des Steuerkommissärs Mäder, dem grosse Steueraufdeckungen gelungen sein sollten, führte nicht zum gewünschten Erfolg¹²⁸. Der Sitz, den die Bauernpartei durch all die Jahre nur dank der Bürgerblockpolitik halten konnte, ging an die Katholiken und ihren Kandidaten Albert Zeindler verloren. 1968 versuchte die BGB den Stadtratssitz mit Versicherungsagent Hans Isler zurückzuerobern, 1972 abermals mit Fritz Friedli, in beiden Fällen ohne Erfolg¹²⁹.

Die Jahre bis 1970 waren für die Schaffhauser BGB eine Zeitspanne der Konsolidierung. Mit Ruhe und Gelassenheit verfolgte sie die öffentlichen Angelegenheiten, wobei ihr als Leitlinie des Handelns eine solide, staaterhaltende Politik diente, die pragmatisch und fern von Experimenten sein sollte. Ohne grosse Pendelausschläge folgten in gemessenen Abständen die üblichen Ablösungen in den Funktionen. Jakob Werner von Merishausen, der die Kantonalpartei von 1950 an führte, übergab den Vorsitz am 5. März 1960 an den Steiner Stadtpräsidenten Konrad Graf¹³⁰. Werner, ein früherer Anhänger der Jungbauernbewegung, war 1948 und 1955 als Regierungsratskandidat innerparteilich zur Diskussion gestanden¹³¹. 1955 wurde ihm der Herblingler Gemeindepräsident Franz Fischer vorgezogen, der sich gegen die Eingemeindung Herblingens durch die Stadt vorerst erfolgreich gewehrt hatte. Franz Fischer wurde am 20. November 1955 zum Regierungsrat gewählt. Der neue Parteipräsident Konrad Graf übernahm im Herbst 1963 das Ständeratsmandat von Ernst Lieb, wobei es zu einer Kampfwahl gegen die *Sozialdemokratische Partei* kam, die Stadtrat Werner Zaugg als ihren Kandidaten bezeichnet hatte. Konrad Graf wurde gewählt¹³², musste sich aber vier Jahre später wieder mit einem sozialdemokratischen Kampfkandidaten, Arbeitersekretär Samuel Winzeler, mes-

¹²⁷ SN 28.11.1960.

¹²⁸ SZ 28./29. 11.1960.

¹²⁹ SN 25.11.1968, 6.11.1972.

¹³⁰ KZ/SL 8.3.1960.

¹³¹ Mitteilung Kurt Waldvogel 21.6.1971.

¹³² Amtsblatt 1963,1332—1334.

sen. Auch 1967 wurde Konrad Graf als Ständerat bestätigt¹³³. 1963 kam es im Bauern- und Parteisekretariat zu einem Wechsel, indem sich Fritz Friedli einer andern Aufgabe zuwandte und Carlo Sacchetto sein Amt übernahm.

Einschneidende Veränderungen bewirkte der Rücktritt von Regierungsrat Ernst Lieb auf Ende des Jahres 1968. Seit seiner Wahl im Februar 1931 hatte er sich nicht nur zum starken Mann der *Bauernpartei*, sondern auch des Schaffhauser Regierungsrates entwickelt. In achtbarer Selbstbescheidung lehnte der gleichzeitig als Ständerat amtierende Ernst Lieb dagegen im November 1958 nach kurzer Bedenkzeit eine Bundesratskandidatur ab. Sie war ihm vom Schaffhauser Kantonalvorstand der BGB und von massgebenden Ostschweizer Parlamentariern angetragen worden, nachdem Bundesrat Markus Feldmann während seiner Amtszeit gestorben war. Als Baudirektor erlebte Ernst Lieb die rasche Entwicklung des öffentlichen Bauwesens in den Nachkriegsjahren und die starke Zunahme des privaten Verkehrs. Der Bau des Kantonsspitals auf dem Geissberg ist sein Werk. In aller Stille wurde während seiner Regierungszeit das ganze Strassennetz des Kantons ausgebaut. Der Stadt Schaffhausen bot der Kanton unter seiner Führung Hand zur Erschliessung des Herblingertals als Industriezone und zur Verlegung des Güterbahnhofes. Als Vertreter der Schaffhauser Regierung im Verwaltungsrat der NOK war Ernst Lieb in der Rheinauaffäre ein klarer Befürworter des Kraftwerkbaus, den auch eine starke Volksmeinung nicht umstimmen konnte. In Zusammenarbeit mit der Stadt Schaffhausen entstand das neue Schaffhauser Kraftwerk anstelle des ehrwürdigen Moserdamms. Mitten in der raschen Entwicklung der öffentlichen Bautätigkeit nahm Ernst Lieb nach Erreichen der Altersgrenze Abschied von seiner Regierungstätigkeit. Diesen Entschluss, der ihm in seiner ungebrochenen Arbeitskraft nicht leichtfiel, führte er aber so entschieden durch, wie man es sich unterdessen von ihm gewohnt war¹³⁴. Mit dem Ausscheiden von Ernst Lieb aus der Schaffhauser Regierung verlor die BGB auch ihre Doppelvertretung in der Exekutive. Als Nachfolger hatte die Partei den Kantonsingenieur Kurt Suter portiert, verlor den Sitz aber an den Sozialdemokraten Ernst Neukomm, der seit anfangs 1969 die Baudirektion leitet (S. 487).

¹³³ Amtsblatt 1967,1218.

¹³⁴ Würdigung von Erwin Waldvogel in SN 31.12.1968. Betreffend Nomination als Bundesratskandidat vgl. KZ/SL 27.11.1958.

Am 27. Februar 1969 erfolgte die Gründung der sogenannten BGB-Jugendfraktion Schaffhausen. Unter der Leitung von Markus Rohr machte sie sich mit einer Unterschriftensammlung vertraut um die Initiative zur schweizerischen Schulkoordination, welche die schweizerische Jugendfraktion lanciert hatte. Eine Nebenabsicht der Gründung war wohl auch, die jüngeren Mitbürger, welche durch die Partei bisher nicht besonders gefördert worden waren, für die Politik zu interessieren und zur Mitarbeit einzuladen. Der Präsident der Jugendfraktion erhielt Einsitz in den Kantonalvorstand, der nicht zuletzt unter dem Einfluss der «Jungtürken» für ein turbulentes BGB-Wahljahr 1971 sorgte.

Wahljahr 1971/72

Wie ein Blitz aus heiterem Himmel schlug nach dem 26. März 1971 die Meldung ein, die kantonale Delegiertenversammlung der BGB in Dörflingen habe mit 40 gegen 31 Stimmen beschlossen, Parteipräsident Konrad Graf im Herbst nicht mehr als Ständerat zu portieren. Als Grund wurde die allbekannte Festfreudigkeit des Schaffhauser Vertreters in Bern genannt, der als Weinbauer den Alkohol keineswegs verachtete und in Wort und Tat mitunter die Zügel schiessen liess¹³⁵. Parteipräsident Graf, der vom entsprechenden Antrag des Parteivorstandes Kenntnis hatte, ergriff an der Delegiertenversammlung, die von Ernst Lieb geleitet wurde, zuerst das Wort, bekannte sich zu seiner «Schwäche», wies dagegen auf seine unabhängige Stellung als Politiker hin und erklärte, dass er auf jeden Fall wieder kandidieren werde, nötigenfalls ausserhalb der BGB. Darauf legte er das Parteipräsidium sofort nieder und nahm mit Oberrichter Dr. Ernst Steiner, der als Nachfolgekandidat für den Ständerat genannt wurde, den Ausstand¹³⁶. In der folgenden Diskussion, die *stürmisch, jedoch in sachlicher Atmosphäre* verlief, wurden die unbestreitbaren Leistungen von Ständerat Graf mit den Nachteilen einer Wiedernomination abgewogen, worauf durch geheime Abstimmung dem Parteipräsidenten und Mandatinhaber das Misstrauen ausgesprochen wurde. Noch nie desavouierte eine Schaffhauser Partei einen ihrer Behördevertreter in ähnlicher Weise. Parteisekretär Carlo Sacchetto erklärte aus Loyalität zu Konrad Graf zum Schluss der denkwürdigen Dörflinger Delegiertenversammlung ebenfalls seinen Rücktritt.

¹³⁵ BGB-Pressemeldung in SN 29.3.1971.

¹³⁶ Interview mit Konrad Graf in SN 3.4.1971, 17—21.

Die Pressemeldungen, die durch den ganzen schweizerischen Blätterwald rauschten, hatten den in der öffentlichen Meinungsbildung bekannten negativen Effekt. Kaum zwei Wochen nach der Delegiertenversammlung konnte der politische Beobachter Dr. Baumgartner melden:

Einen Fall Konrad Graf gibt es bereits nicht mehr. Eine Sympathiewelle durch Volk, Presse und Parteien hat den Fall Graf hinweggespült. Aber es gibt noch einen Fall BGB. Mit einer Blamage eidgenössischen Ausmasses. Mit 41 Parteidelegierten, die sich von Königs- und Karrieremachern vorrechnen liessen, mit Konrad Graf sei die Wahl sowieso nicht zu gewinnen. Ob sie ohne Konrad Graf zu gewinnen ist, das erscheint jetzt noch weitaus fraglicher¹³⁷.

Mit ein Grund für die öffentliche Vertrauenskundgebung gegenüber Konrad Graf war ein Interview in den *Schaffhauser Nachrichten*, worin der angegriffene Ständerat mit Offenheit seinen «Fall» diskutierte und die feste Absicht einer Eigenkandidatur kundgab¹³⁸. Im Mai musste die BGB bekanntgeben, Obergericht Dr. Ernst Steiner verzichte auf eine Ständeratskandidatur, die ihm parteioffiziell Ende April angetragen worden sei¹³⁹. Damit war der Weg frei für eine Versöhnung zwischen kantonaler BGB und Konrad Graf, die im Vorfeld des Wahlherbstes erfolgte, nachdem die *Sozialdemokratische Partei* mit dem Thaynger Gemeindepräsidenten Walter Stamm ihren Anspruch auf das strittige Mandat angemeldet hatte¹⁴⁰. Mit einer beachtlich hohen Stimmenzahl wurde Ständerat Konrad Graf in der Wahl vom 31. Oktober 1971 bestätigt¹⁴¹.

Parallel zu den Vorbereitungen der Ständeratswahlen musste sich die BGB im Jahr 1971 mit der Nachfolge von Regierungsrat Franz Fischer befassen, der auf Ende 1971 zurücktrat. Unter seiner Führung war das Meliorationsgesetz (1956), das Gesetz über den Finanzausgleich (1956), das Dekret über die Investitionskredite in der Landwirtschaft (1961), der Kreditbeschluss für den Bau des Pflegeheims (1963) und das Gesetz betreffend das Frauenstimmrecht (1971) ausgearbeitet worden¹⁴². Ganz im Gegensatz zu seiner ruhigen, stillen und volksverbundenen Amtsführung stand der

¹³⁷ Bock 8.4.1971.

¹³⁸ SN 3.4.1971,17—21.

¹³⁹ SN 8.5.1971,19.

¹⁴⁰ SN 16.8.1971,11.

¹⁴¹ Amtsblatt 1971,1793.

¹⁴² Amtsblatt 1971,2157—2158.

Kampf um den freiwerdenden Regierungssitz, den die andern Parteien der BGB nicht streitig machten, aber verschiedene Strömungen innerhalb der BGB zum Ausdruck brachte. Am 3. August entschied sich die kantonale Delegiertenversammlung zur Nomination von Kurt Waldvogel, nachdem sie sieben Kandidaten, die in Vorwahlen der Kreisparteien bestimmt wurden, gegeneinander abgewogen hatte¹⁴³. Trotz diesem demokratischen Vorgehen musste die Kantonalpartei erleben, dass noch im gleichen Monat in Fritz Friedli, Mitglied der BGB und früherer Schaffhauser Bauernsekretär, von einem überparteilichen Komitee ein Gegenkandidat portiert wurde¹⁴⁴. Als Präsident des Schaffhauser Genossenschaftsverbandes (GVS) hatte sich Fritz Friedli um die Schaffhauser Landwirtschaft sehr verdient gemacht. Seine persönliche Wendigkeit und seine Kandidatur, die bewusst den innerparteilichen Differenzen ausweichen wollte, schreckte aber manche Anhänger ab, und unter der Devise *Fritz Friedli ist nicht unser Mann* distanzierten sich die Kantonalpartei und verschiedene Genossenschaftsfunktionäre von ihm¹⁴⁵. Aeusserst knapp vor der Regierungsratswahl, am 28. September 1971, verbreitete die Schweizerische Depeschagentur eine Meldung, der Touring-Club Schaffhausen portiere in seiner eben versandten Vereinszeitschrift den Schaffhauser Staatsschreiber Dr. Peter Uehlinger (BGB) als weiteren Regierungsratskandidaten¹⁴⁶. Obwohl sich im letzten Moment Dr. Uehlinger, die BGB und der Touring-Club vom Vorgehen des Bulletin-Redaktors distanzierten¹⁴⁷, erhielt der neueste BGB-Kandidat 2756 Stimmen. Er blieb damit allerdings weit hinter Kurt Waldvogel mit 11 793 und Fritz Friedli mit 10 348 Stimmen zurück¹⁴⁸. Die Stimmenzersplitterung auf einen offiziellen und zwei inoffizielle BGB-Vertreter bewirkte immerhin, dass ein zweiter Wahlgang nötig wurde, weil keiner der Kandidaten das absolute Mehr von 12 911 Stimmen erreicht hatte. Es bestätigte sich aber auch die Vermutung, dass Fritz Friedli aus den Kreisen der Sozialdemokraten starke Schützenhilfe erhalten hatte. Zwei Wochen später, am 17. Oktober 1971, fand der zweite Wahlgang statt, in dem das relative Mehr entschied. Ziemlich knapp ging Kurt Waldvogel mit 14 138 Stimmen aus der Wahl als Regierungsrat her-

¹⁴³ SN 4.9.1971,23. SN 19.6.1971,15.

¹⁴⁴ SN 28.8.1971,19.

¹⁴⁵ SN 1.9.1971,21.

¹⁴⁶ SN 30.9.1971,13

¹⁴⁷ SN 30.9.1971,13, 2.10.1971,2.

¹⁴⁸ SN 4.10.1971,13. Amtsblatt 1971.1595.

vor. Fritz Friedli konnte immerhin 12837 Stimmen buchen¹⁴⁹. Durch die Wahl des offiziellen BGB-Kandidaten Kurt Waldvogel wurde eine neue Belastungsprobe der Partei vermieden, die Ende des Jahres 1971 auf die turbulentesten 12 Monate seit ihrem Bestehen zurückblicken konnte.

Vergleichsmässig ruhig fielen ein Jahr später die Resultate der Gesamterneuerungswahlen des Regierungsrates aus. Die BGB versuchte zwar, mit der Doppelkandidatur Kurt Waldvogel/Bernhard Seiler den 1968 an die *Sozialdemokratische Partei* verlorenen Sitz wieder zurückzuerobern, drang aber nicht durch¹⁵⁰ und musste erleben, dass der Schaffhauser Stimmbürger lieber einen angegriffenen, bekannten Bisherigen als einen tüchtigen, aber wenig bekannten Neuling wählt.

Die Kommunistische Partei

Die Dritte Internationale

Gründungskongress 1919

Als die einzelnen Arbeiterparteien der verschiedenen Länder beim Ausbruch des Ersten Weltkrieges einen «Burgfrieden» mit ihren Regierungen schlossen, zerbrach die 1912 in Basel beschworene internationale Solidarität. Das Kriegsgeschehen und die Russische Revolution höhnten die Zweite Internationale aus, die seit 1889 die Arbeiterparteien zu überstaatlichen Kongressen zusammengeführt hatte. Zwar wurde die Zweite Internationale an ihrem zehnten Kongress in Bern am 3. bis 8. Februar 1919 formell wieder hergestellt, doch erwies sie sich als überholtes und untaugliches Instrument für das Nachkriegseuropa¹. Durch den Austritt einiger grosser Länderparteien verlor sie ihre Bedeutung nach ihrer letzten Konferenz im August 1920.

Durch die Machtergreifung der Bolschewiken in Russland erhielt die von Lenin geführte revolutionäre Arbeiterbewegung eine zentrale Bedeutung im Zusammenspiel der sozialistischen Parteien. Die Konferenzen von Zimmerwald (1915) und Kiental (1916) hat-

¹⁴⁹ SN 18.10.1971,15. Amtsblatt 1971,1665.

¹⁵⁰ SN 25.9.1972,13. Amtsblatt 1972,1474—1475.

¹ Abendroth 97. Vgl. die ähnliche Beurteilung bei Braunthal 578 und Kriwogus 298—300.